

GÜNTER PLUM

VOLKSFRONT, KONZENTRATION UND MANDATSFRAGE

Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933–1939

Dem nationalsozialistischen Regime war mit dem Exil¹ ein quantitativ durchaus bedeutender Gegner erwachsen, dessen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Nationalsozialismus jedoch relativiert wurden durch die Verschiedenartigkeit und Widersprüchlichkeit der hier vertretenen politischen Grundsätze und Ziele; denn die politischen Kämpfe der Weimarer Zeit wurden auch innerhalb des Exils – vielfach verschärft – weiter ausgefochten. Überdies förderte die Tatsache, daß in den Gruppen der Zwang wegfiel, um der propagandistischen Wirkung willen geschlossen aufzutreten, zentrifugale Tendenzen und sektiererische Verhärtung. Das Exil war einig nur in der Negation der nationalsozialistischen Herrschaft, und Formeln für Übereinstimmung oder das Selbstverständnis der Exilierten lauteten notwendig auf allgemeinste Nenner. Von der politischen Stellung der Herausgeber und potentiellen Mitarbeiter der „Sammlung“ etwa schrieb Klaus Mann in seinem programmatischen Aufsatz, daß von Anfang an klar sein werde, „wo wir hassen und wo wir hoffen lieben zu dürfen sammeln wollen wir, was den Willen zur menschenwürdigen Zukunft hat, statt dem Willen zur Katastrophe, den Willen zum Geist, statt dem Willen zur Barbarei . . .“². Heinrich Mann gründet darauf das Selbstverständnis des Exils, das „menschliche Werte von höherem Lebenswert [enthalte] als alles, was in dem niedergeworfenen Land sich breit machen darf. . . . Die Emigration wird darauf bestehen, daß mit ihr die größten Deutschen waren und sind, und das heißt zugleich: das beste Deutschland.“³ Dieser nicht nur im literarischen Lager verbreitete Trend, hinter die Formel vom besseren Deutschland die Fehler zu kehren, blieb allerdings nicht unwidersprochen. „Nun ist mit eiserner Energie Selbsteinkehr am Platze“, schrieb Kurt Tucholsky in der „Neuen

¹ Dem Exil seien hier diejenigen Emigranten aus dem 3. Reich zugerechnet, die in irgendeiner Form aktiv politisch (nicht nur im engen Sinne von Parteipolitik) gegen den Nationalsozialismus tätig wurden (literarisch, publizistisch; Betätigung in, sympathisieren mit einer politischen Gruppe, einer Parteigruppe im Exil, einer politischen Sammelbewegung) und diese Tätigkeit mit dem Willen verbanden, nach dem Sturz des Regimes nach Deutschland zurückzukehren. Kriterium soll das Verhalten im Ausland sein, nicht der Grund für die Emigration. Die Tatsache, daß die Grenzen des so umschriebenen Teils der Gesamtmigration fließen, kann hier ebenso außer Betracht bleiben wie der Einstellungswandel, den viele Emigranten im Laufe der Zeit vollzogen und der sie in das Exil hinein oder aus ihm herausführte.

² Die Sammlung, Heft 1, 1933.

³ Heinrich Mann und ein junger Deutscher, Der Sinn dieser Emigration, Streitschriften des Europäischen Merkur, Paris (1934), S. 28 ff.

Weltbühne“⁴, und Rudolf Hilferding folgte im Blick auf die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung dieser Forderung, wenn er in der ersten Nummer der von ihm redigierten „Zeitschrift für Sozialismus“ schrieb, daß sie ein „revolutionäres Organ“ sein werde, nicht nur bei der Bekämpfung des Gegners, „sondern revolutionär auch in der Rücksichtslosigkeit gegen die eigene Bewegung, ihre Mängel und Rückständigkeit“⁵.

Die KPD und zumindest der Apparat der SPD waren zunächst ihrem Selbstverständnis nach – und das ist ein spezieller Aspekt der Zersplitterung – nicht eigentlich emigriert. Die KPD wie die Sopade⁶ gingen von illusionären Einschätzungen hinsichtlich Dauer und Konsolidierungsfähigkeit des nationalsozialistischen Regimes aus; während die KPD – sich in einer vom Faschismus zunehmend verschärften vorrevolutionären Situation wädhend – die Einheit der Schauplätze im antifaschistischen Widerstandskampf postulierte, verstand sich die Sopade – auf ökonomische Schwierigkeiten, die Politik des Auslands, die Arbeiterschaft, dann den Mittelstand und die Reichswehr als Umsturfaktoren hoffend⁷ – als dienender Teil des Widerstands im Reich.

Die Forderung, das Exil müsse seine Zersplitterung überwinden, seine Meinungsverschiedenheiten zurückstellen, um zu einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus zu kommen, wurde wohl zuerst von den nicht Organisierten artikuliert. Heinrich Mann hatte 1934 in „Der Sinn dieser Emigration“ empfohlen, stolz zu sein; hoffend, daß aus gemeinsamem Stolz gemeinsames Handeln sich entwickeln könne⁸. Schärfer und politischer hieß es ein Jahr später in einem Büchlein „Führer durch die deutsche Emigration“, die politische Emigration werde eine Einheit sein oder sie werde nicht sein; sie bleibe hinter den Widerstandskämpfern zurück, weil sie nicht in Deutschland kämpfen kann. „Aber sie hat vor ihnen auch das eine voraus, ihre Kräfte frei und offen vor aller Welt sammeln zu können.“

⁴ Neue Weltbühne, Nr. 6, 1936. „Nun muß auf die lächerliche Gefahr hin, daß das ausgebeutet wird, eine Selbstkritik vorgenommen werden, gegen die Schwefellauge Seifenwasser ist. Nun muß – ich auch! ich auch! – gesagt werden: Das haben wir falsch gemacht, und das und das . . . Was geschieht statt dessen? . . . Statt einer Selbstkritik und Selbsteinkehr sehe ich da etwas von ‚Wir sind das bessere Deutschland‘ und ‚Das ist gar nicht Deutschland‘. . . Aber ein Land ist nicht nur das, was es tut – es ist auch das, was es verträgt, was es duldet.“

⁵ Zeitschrift für Sozialismus (ZfS), 1, 1933.

⁶ Vgl. unten Anm. 32.

⁷ Vgl. den bitter ironischen Brief Hilferdings an Stampfer v. 28. 8. 36. „Wenn Hitler in Wladiwostok stehen sollte – was er aber nicht beabsichtigt und nicht tun wird –, dann werde ich zwar gewiß nicht mehr schreiben, aber ich erwarte dann Ihren Brief, in dem Sie mir auseinandersetzen, daß wir den Hitler nicht überschätzen sollen: Was hat er denn schon, wenn er die Eiswüsten Sibiriens hat? In Wirklichkeit, Hitler hat *nichts*! Mit besten Grüßen . . .“ Mit dem Gesicht nach Deutschland, Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, Hrsg. v. Erich Matthias, Düsseldorf 1970 (zit. MGD), Dok. 28, S. 282 ff.

⁸ Der Sinn dieser Emigration, a.a.O.; in einem Artikel zum Prager Manifest (s. u. S. 420) im Neuen Vorwärts (18. 2. 1934, zit. NV): „Revolution und Einigkeit“, forderte Mann die Einigung der Arbeiterparteien als Grundlage für eine Sammlung des Exils.

Was dem innerdeutschen Widerstand unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich sei, habe sie zu vollziehen: die Sammlung der Kräfte gegen den Faschismus⁹.

Im gleichen Jahr, 1935, schwenkte die Kommunistische Internationale auf ihrem VII. Weltkongreß von der Taktik der „Einheitsfront von unten“ über zur Taktik der „Einheitsfront von oben“, die der Kern einer „Volksfront“ aller Gegner des Faschismus und speziell des Nationalsozialismus werden sollte. Die KPD, die auf dem Weltkongreß wegen ihrer Politik vor 1933 gerügt worden war, hielt im Oktober 1935 bei Moskau eine „Reichsparteikonferenz“ – die sogenannte „Brüsseler Konferenz“ – ab, auf der Wilhelm Pieck selbstkritisch feststellte, daß die KPD aufgrund falscher Einschätzung der faschistischen Gefahr versäumt habe, ihren „Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus“ zu bringen. Ausgehend von einer Äußerung Hitlers, daß sich die Gegner des nationalsozialistischen Regimes nur „im Negativen“ einig seien und keine „gemeinsame Idee hätten“, folgerte Pieck:

„Darin hat Hitler vorläufig recht. Aber hier ist gerade der Punkt, an dem wir Kommunisten mit unserer neuen taktischen Orientierung zur Schaffung der Einheits- und Volksfront einsetzen müssen. Wir müssen diese positive gemeinsame Idee, die politische Plattform für die Sammlung aller Gegner der Hitlerdiktatur schaffen.“¹⁰

Wenngleich nicht alle Exilgruppen einhellig diesen Richtungswechsel der KPD und die damit sich eröffnende begründete Aussicht auf die Sammlung des Exils in einer Volksfront begrüßten, wurde dieses Problem der Sammlung zu einem beherrschenden Faktor der nächsten Jahre. Daß alle Ansätze dazu letztendlich gescheitert und schließlich vom Kriegsausbruch überrollt worden sind, wurde in besonderem Maße von der Haltung der KPD und der Sopade verursacht.

Die Sopade hat sich allen Aufforderungen zur Mitarbeit bei Sammlungsversuchen des Exils versagt. Zwar wäre die Frage berechtigt, warum diese Versuche nicht ohne die Sopade verwirklicht wurden; zahlreiche Exilierte und nicht zuletzt Sozialdemokraten dachten vom Vorstand der Sopade, was Rudolf Breitscheid über ihn 1936 an Wilhelm Hoegner schrieb, daß es „für die weitere Entwicklung der Dinge . . . ja auch so gleichgültig [sei], was er denkt und tut“¹¹. Dieses resignative Urteil charakterisierte den von der sozialdemokratischen Partei im Exil durchlaufenen Auflösungsprozeß, dessen Ursachen in die Zeit vor 1933 zurückreichen. In den Auseinandersetzungen um die Reaktion auf die Niederlage, die politische Richtung der Partei, um Organisations- und Führungsfragen, insbesondere um die Haltung gegenüber Einheits- und Volksfrontbestrebungen, löste sich der Zusammenhalt zwischen Parteiführung und emigrierten Mitgliedern – und damit

⁹ Wolf Franck, *Führer durch die Emigration*, Phoenix Bücher 4, Paris 1935, S. 50 ff.

¹⁰ Der neue Weg zum gemeinsamen Kampfe für den Sturz der Hitlerdiktatur, Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der KPD, Oktober 1935, Moskau 1936, S. 127.

¹¹ Rudolf Breitscheid an Wilhelm Hoegner, 1. 12. 1936; Briefwechsel zwischen Rudolf Breitscheid und Wilhelm Hoegner 1934–1941, IfZ-Archiv F 205.

auch unter den Mitgliedern selbst – auf. Ein Vorgang, der auf die organisatorischen Strukturen des Exils erheblich zurückwirkte.

Die Reaktion der führenden Sozialdemokraten auf den „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932¹² machte eine Krise sichtbar, in der sich die Sozialdemokratische Partei befand. In teilweise von Resignation getragener, vordergründigen Legalitätsdenken befangen, fanden Parteiführung und sozialdemokratische Minister in Preußen nicht die Kraft, sich gegen die Entwicklung zur autoritären Staatsführung mehr als verbal aufzulehnen. Die sozialdemokratische Parteiführung lag in den Händen von Funktionären, die ihre Aktivität vornehmlich an der Parteiorganisation orientierten und die Politik lediglich verwalteten. Passivität – schrieb Julius Leber 1933 – sei wesentliches Merkmal der sozialdemokratischen Politik gewesen; die Führung habe am Rande der Geschehnisse gestanden und sich nur bemühen können, der Parteiorganisation den Ablauf der politischen Ereignisse zu erklären¹³. Hatte sich schon nach der Niederlage in den Reichstagswahlen im September 1930 Ärger und Empörung in den Reihen der Mitglieder und Funktionäre bemerkbar gemacht, die Passivität gegenüber den Ereignissen des 20. Julirief „Enttäuschung“ wach, „der Glaube und das Vertrauen in die Führung bekam den ersten tödlichen Stoß“¹⁴.

Noch einmal – nach der Ernennung Hitlers – machte sich der Wille zum Handeln in der Parteiorganisation in spontanen Demonstrationen, zu denen in mehreren Großstädten die Arbeiter zusammenströmten, Luft. Unter ihrem Eindruck fielen in der gemeinsamen Sitzung von Parteiausschuß, Reichstagsfraktion und Vertretern der Eisernen Front am 31. Januar Worte, die auf baldiges Handeln schließen ließen, worauf man in der Parteiorganisation mit fieberhaften Vorbereitungen reagierte. Wer jedoch das Referat, das Rudolf Breitscheid in dieser Sitzung hielt, aufmerksam las, mußte an der Realisierung des „Signals“ zweifeln. Breitscheid forderte die Bereitschaft zum Handeln für den Augenblick entweder des – in der Realität des schon vollzogenen Verfassungswandels schwer bestimmbar – Verfassungsbruchs, oder für den Zeitpunkt, da offensichtlich sei, daß die „letzte Karte“ der Reaktion nicht gestochen hat. Schon hier war die Bereitschaft zum Handeln auf die Linie „Gewehr bei Fuß“ zurückgenommen¹⁵. Auch in einer Sitzung des Parteivorstandes mit Vertretern des ADGB, an der auch Friedrich Adler teilnahm, fielen – wie Breitscheid später schrieb¹⁶ – stolze Worte. „Wir

¹² Zum Folgenden insbesondere Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, Hrsg. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960 (zit. Matthias, Ende der SPD). Vgl. auch MGD und Friedrich Stampfer, Die dritte Emigration, in: MGD (zit. Stampfer, Emigration).

¹³ Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie Juni 1933, S. 238, in: Ein Mann geht seinen Weg, Schriften, Reden u. Briefe v. Julius Leber, Berlin 1952.

¹⁴ Leber, a.a.O., S. 242.

¹⁵ Breitscheids Referat wurde unter dem Titel „Bereit sein ist alles“ veröffentlicht.

¹⁶ Breitscheid an Hoegner, 23. 7. 35. B. interpretierte hier seine eigene Haltung nachträglich als Resignation: „Ob das Drücken übrigens in jenem Augenblick noch den gewünschten Erfolg gehabt hätte, ist mir zweifelhaft.“

brauchen nur auf den Knopf zu drücken“, hatte der 2. Vorsitzende des ADGB, Peter Grassmann, gesagt, „dann steht alles still“. Doch im gleichen Atemzug hatten die Vertreter des ADGB den „politischen Streik in Lübeck, der ohne Mitwirkung von Berlin außerordentlich gut geklappt hatte“, weil Einzelaktion, „für verwerflich“ befunden.

Den Entscheidungen des Parteivorstandes in jenen Wochen lagen Verhaltensnormen zugrunde, die zur Tatenlosigkeit ebenso verurteilten, wie sie diese durch Rationalisierung rechtfertigten. Die Führung der Partei klammerte sich – wie bereits am 20. Juli 1932 – in zweifacher Weise an das Prinzip der Legalität. Nicht nur, daß proklamiert wurde, Partei und Eiserner Front würden nicht als erste den Boden der Verfassung verlassen, man glaubte auch die neuen Machthaber durch eignes legales Verhalten zur Legalität verpflichten zu können. So schrieb Friedrich Stampfer noch nach dem 5. März – bereits um die Erfahrung der Tage nach dem Reichstagsbrand reicher –, daß die „nationale Regierung“ mit ihren Mehrheiten im Reich und in Preußen nur eine legale Regierung zu sein brauche, dann sei die SPD „ganz selbstverständlich auch eine legale Opposition“¹⁷. Im gleichen Sinne mahnte Otto Wels in seiner mutigen Rede vor dem Reichstag am 23. 5. die Regierung beschwörend daran, daß die Pflicht zur Legalität bestehe, wo die Möglichkeit gegeben sei. Allerdings vermochten sich die führenden Sozialdemokraten nicht vorzustellen, daß staatliche Willkür grenzenlos sein könne, wie überhaupt ihre Entscheidungen von einem Bündel von Illusionen, von „verzweifelter Hoffnung auf andere oder auf das Wunder“¹⁸ beeinflußt waren: sei es zunächst die Hoffnung auf einen günstigen Wahlausgang, dann auf ein Eingreifen der Reichswehr, sei es auch nur der so allgemeine Glaube, daß strenge Herren nicht lange regieren¹⁹.

Eine tragende Rolle im politischen Kalkül spielte die Parteiorganisation: als Wert an sich sowohl wie als Machtfaktor. Die ursprüngliche Überzeugung, daß die machtvolle Organisation der Sozialdemokratischen Partei vom „zuchtlosen Haufen“ der NSDAP nicht überwunden werden könne, wurde abgelöst von der Forderung, daß die Organisation erhalten und gestärkt werden müsse. Erhaltung der Organisation hieß Stillhalten, um den Machthabern keinen Vorwand für Maßnahmen gegen die Partei zu liefern, hieß besonnene Entschlossenheit und Bereitschaft für einen immer mehr in die Ferne rückenden Tag X, hieß auch absolute Unterordnung unter die Organisation. Von diesen Voraussetzungen her war es nur konsequent, wenn sich die Parteiführung – auf die Tradition der Partei, das Überleben der Parteiorganisation in der Zeit der Sozialistengesetze sich besinnend – dafür entschied, der Partei eine von den Machthabern tolerierte halblegale Fortexistenz in einem Winkel der Politik zu sichern. Überlegungen, unter dem Mantel äußerer Legalität eine illegale Organisation aufzubauen, wurden ebenso abgewiesen wie der Gedanke an Emigration und Kampf gegen den Nationalsozialismus von außen. Ansätze zur Vorbereitung auf eine mögliche Phase der Illegalität, die im

¹⁷ Internationale Information 1933/1.

¹⁸ Leber, a.a.O., S. 191.

¹⁹ Nach Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt a.M. 1958, S. 51.

Frühjahr 1932 gemacht worden waren, hatte man längst auf sich beruhen lassen. Und als die Sozialistische Arbeiter-Jugend in Berlin, in der man weniger illusionäre Vorstellungen über die politische Entwicklung nährte, sich auf die Illegalität umzustellen begann, griff der Parteivorstand mit aller Härte ein und suchte diesen Schritt – jedoch weitgehend erfolglos – zu verhindern²⁰. Allerdings fand diese Haltung unter den Mitgliedern der Partei nur begrenzt Verständnis. Das Eindämmen der zur Gegenwehr angespannten Kräfte durch die Parteiführung löste Frustrationen aus, die in resignierte Abwendung und allmähliches Zerbröckeln der Organisation umschlugen. Auf der Reichskonferenz in Berlin am 26. 4. 1933 mußte man zur Kenntnis nehmen, daß die Organisation – wenn auch in den verschiedenen Landschaften unterschiedlich schnell – allmählich zerfiel, während daneben kleine Gruppen zu illegaler Arbeit sich zusammenfanden²¹.

Diese Reichskonferenz, die sich aus je drei der für den nächsten Parteitag schon gewählten Delegierten jedes Bezirks zusammensetzte²², sollte den Parteivorstand neu wählen und über die weitere Arbeit der Partei befinden. Zwar traten Befürworter eines illegalen Kurses auf, doch sie blieben deutlich in der Minderheit, was in der weitgehenden Bestätigung des alten Vorstandes im Amt seinen Niederschlag fand; daß nur die Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden, die im Lande geblieben waren, signalisierte die Einschätzung der Emigration in der Konferenz²³, deren Mehrheit sich für ideologischen Widerstand im Rahmen eines legalen Kurses, aber gegen Anpassungsversuche aussprach, wie sie gerade von den Gewerkschaften vorexerziert wurden.

Unter dem Eindruck der am 2. Mai erfolgten Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Verhaftung führender Gewerkschaftsfunktionäre beschloß der Parteivorstand in seiner letzten Gesamtsitzung am 4. Mai, daß einige seiner Mit-

²⁰ Matthias, Ende der SPD, Dok. 51, S. 242. Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, phil. Diss. Marburg 1957 (zit. Kliem), S. 43 ff.

²¹ Matthias, Ende der SPD, S. 188 ff., und Dok. 33, S. 252.

²² Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ihre Organisation und ihre Tätigkeit unter der Hitler-Diktatur. Bericht des Parteivorstandes, Sitz Prag (Sopade), S. 1; IfZ-Archiv Fb 208, Bl. 107 ff. Veröffentlicht in: Deutschlandbericht der Sopade, August/September 1934, Prag 29. 9. 1934, Anhang: A-65 ff. (zit. Bericht 1934).

²³ Zur Zusammensetzung des Vorstandes siehe: Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933–1945, Hannover 1960, S. 22, und Franz Osterroth, Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 377, dort auch (S. 348) die Zusammensetzung des 1931 in Leipzig gewählten Vorstandes. Wiedergewählt wurden als Vorsitzende: Wels, Vogel (1931: Vorsitzende); Juchacz, Stelling, Westphal (1931: Sekretäre); Litke, Nemitz, Ryneck, Stahl, Stampfer (1931: Beisitzer); aus den Kontrolleuren v. 1931: Crummenerl als Kassierer, Löbe. Neugewählt wurden: Sollmann, Dietrich, Künstler; zur Verbreiterung der Repräsentanz (MGD S. 27 f.): Ollenhauer, Rinner (als Vertr. d. jungen Generation); Aufhäuser, Böchel, Hertz (als Vertr. d. linken Opposition). Gegen die Wahl Böchels scheint sich Wels gewehrt zu haben (Brief Dietrichs, s. Anm. 45). Wegen schon erfolgter Emigration wurden nicht wiedergewählt: Breitscheid, Crispian, Dittmann, Hilferding (vgl. MGD S. 26). Weitere 6 PV-Mitglieder v. 1931 wurden ebenfalls nicht mehr gewählt.

glieder zur Errichtung einer Auslandsstelle Deutschland verlassen sollten, daß jedoch Berlin weiterhin Sitz des Parteivorstandes bleibe; sofern andere Mitglieder des Parteivorstandes in Gefahr gerieten, sollten auch sie sich ins Ausland in Sicherheit bringen. Von den Beauftragten verließen Siegfried Crummenerl und Stampfer Deutschland sofort; Wels, Hans Vogel, Erich Ollenhauer und Paul Hertz folgten, nachdem am 10. Mai das Parteivermögen beschlagnahmt worden war²⁴. Auch mit diesem Beschluß fühlte man sich zunächst nur in Übereinstimmung mit der Parteitradition, denn wie Eduard Bernstein und Georg von Vollmar die Sozialdemokratie zur Zeit der Sozialistengesetze von der Schweiz her publizistisch unterstützt hatten, so wollte man auch diesen Auftrag als Errichtung eines Stützpunktes verstanden wissen. Dazu waren sich alle Vorstandsmitglieder darin einig, daß von „außen“ nichts unternommen werden dürfe, was den Legalitätskurs der Partei in Deutschland gefährden könnte.

Erst über die Frage, ob die Fraktion der SPD der Einberufung des Reichstags für den 17. Mai Folge leisten sollte, kam es zum Konflikt zwischen den emigrierten und den Berliner Vorstandsmitgliedern. Während den im Ausland befindlichen aus der veränderten Perspektive die Grenze zur Anpassung mit einer Teilnahme an der Sitzung zu deutlich überschritten und der Beweis erbracht schien, daß der Legalitätskurs nun ohne Aufgabe unverzichtbarer Grundpositionen nicht mehr durchgehalten werden könne, glaubten Vorstand und Fraktion in Berlin, die Politik der Legalität fortsetzen zu können, und entschlossen sich zur Teilnahme an der Reichstagsitzung²⁵. Zur Beilegung des Konflikts²⁶ trafen am 21. Mai zehn Mitglieder des Parteivorstandes – darunter Erich Rinner und Max Westphal als Abgesandte der Berliner – in Saarbrücken zusammen. Sie beschlossen, den Legalitäts-

²⁴ Die Angaben über diese Delegation sind widersprüchlich. Aus den Formulierungen Stampfers (Emigration S. 73) kann geschlossen werden, daß der Auftrag an die sechs Genannten am 4. 5. in zwei aufeinanderfolgenden Abstimmungen gegeben wurde. In einem Rundschreiben des PV (Prag) v. 3. 6. 33 (MGD, Dok. 2, S. 177 ff.) ist nur von einem Auftrag an Wels, Crummenerl, Stampfer die Rede; nach Westphal (Bericht über den Konflikt auf der Sitzung der Reichstagsfraktion, 10. 6. 33, Matthias, Ende der SPD, Dok. 35, S. 255 ff.) wurden darüber hinaus lediglich Ollenhauer und möglicherweise Vogel (Formulierung nicht eindeutig) „nachgesandt“. Auch hinsichtlich der Zeitpunkte des Grenzübertretts sind die Angaben widersprüchlich. – Etwa zur gleichen Zeit flohen Marie Juchacz, Siegfried Aufhäuser, Emil Stahl und etwas später Georg Dietrich. Wilhelm Sollmann und Karl Böchel befanden sich bereits im Ausland; sie waren nach Mißhandlungen durch Nationalsozialisten schwer verletzt in Sicherheit gebracht worden (vgl. Reichstagsfraktion 10. 6. 33).

²⁵ Ausführlich dargestellt bei Matthias, Ende der SPD, S. 180 ff.

²⁶ Dazu Rundschreiben des PV (Prag) v. 3. 6. 33 (s. Anm. 24). Bei der Besprechung in Saarbrücken waren anwesend: Wels, Aufhäuser, Crummenerl, Hertz, Juchacz, Ollenhauer, Sollmann, Vogel, Rinner, Westphal; in Prag: Wels, Vogel, Stampfer, Ollenhauer, Rinner, Stelling, Künstler. Laut Stampfer (Emigration, S. 74 ff.) und PV-Rundschr. v. 3. 6. 33 wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt. Ob Westphal, Künstler, Stelling allerdings uneingeschränkt zugestimmt haben, erscheint etwas zweifelhaft angesichts ihrer Ausführungen in der Sitzung der Reichstagsfraktion v. 10. 6. 33 (s. Anm. 24). Laut Westphal soll auch Litke an einer der Besprechungen teilgenommen haben. S. auch Einleitung zu MGD S. 29.

kurs zu beenden und den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen; während im Reich der Aufbau einer illegalen Organisation vorangetrieben würde, sollte der Parteivorstand den Nationalsozialismus von außen publizistisch angreifen und zugleich die politische Arbeit der illegalen Gruppen unterstützen. „Der Sitz des Parteivorstandes“, so wurde beschlossen, „ist Prag“. Da die Vorstandsmitglieder in Berlin sowie die Vorstände der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion die Saarbrücker Beschlüsse ablehnten, kam es am 28. Mai in Prag zu einer weiteren Konferenz, an der aus Berlin diesmal Franz Künstler, Rinner und Johannes Stelling teilnahmen. Hier wurden die Ergebnisse von Saarbrücken in der Substanz bestätigt, teilweise noch konkretisiert; jedoch geriet die Formulierung über den Parteivorstand: „Die politische Führung der Partei befindet sich im Ausland“ weniger präzise. Dreizehn der zwanzig Mitglieder des Parteivorstandes hatten damit – ob alle vorbehaltlos bleibt jedoch fraglich – der Wendung des politischen Kurses und der Verlegung des Parteivorstandes ins Ausland zugestimmt. Da auch dieses Sitzungsergebnis in Berlin abgelehnt wurde und weitere Versuche, Übereinstimmung zu erzielen, scheiterten, trieb der Konflikt auf die Spitze, als am 19. 6. eine – kaum legitimierte – Reichskonferenz mit der Wahl eines Fünfer-Direktoriums und einer ausdrücklichen Distanzierung vom Parteivorstand in Prag die Trennung vollzog²⁷. Die Absicht, den „Faden der Legalität weiterzuspinnen“²⁸, wurde jedoch drei Tage später durch das Verbot der Partei zunichte gemacht²⁹.

Schon während des Konflikts begannen die mit der Parteiarbeit im Ausland Beauftragten im Mai 1933 von Prag aus mit der publizistischen und organisatorischen Widerstandstätigkeit³⁰. Es mag dahingestellt bleiben, ob es sinnvoll war, den Kampf publizistisch schon aufzunehmen, bevor eine gewisse Anlaufzeit zum Aufbau einer illegalen Organisation im Reich verstrichen war, und ob nicht der nationalsozialistischen Polizei Gegenmaßnahmen dadurch erleichtert wurden, daß man Existenz und Standort der Auslandszentrale nicht geheim hielt. Bedeutsam ist auch die Tatsache, daß Zusammensetzung und Kompetenzen des Vorstandes im Exil nicht eindeutig geklärt waren, ein Problem, das in den Auseinandersetzungen der Folgezeit eine wesentliche Rolle spielte. Einerseits hatte ja der Parteivorstand am 4. 5. und in den folgenden Tagen sechs seiner Mitglieder³¹ ins Ausland gesandt und – da die Fiktion der Halblegalität aufrechterhalten wurde – mit wenig präzisen Aufträgen versehen; er hatte aber zugleich Berlin als Sitz des Parteivorstandes bestimmt. Andererseits wurde in Sitzungen, welche allerdings die Rechtsform

²⁷ Niederschrift über die Reichskonferenz v. 19. 6. 33, MGD Dok. 4, S. 182 ff.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Im Runderl. d. RMI v. 21. 6. 33 wurden die Landesregierungen um Verbotsmaßnahmen ersucht mit der Begründung, daß sich die Konferenz am 19. 6. „lediglich nach außen hin“ vom landesverräterischen PV im Ausland distanziert habe, ohne ihn „grundsätzlich abzuschütteln“. IfZ-Archiv Fb 201. Dsgl. Begründung d. Verbotserl. f. d. Reich durch RMI v. 22. 6. 33, MGD Dok. 5, Anm. 1.

³⁰ Dazu insgesamt: Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952; Edinger, Sozialdemokratie und NS; MGD.

³¹ Diese unsichere Version sei als richtig unterstellt.

ordentlicher Vorstandssitzungen nicht ohne weiteres beanspruchen konnten, über eine veränderte Politik der Partei entschieden und der Sitz des Parteivorstandes ins Ausland verlegt. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die am 4. 5. erteilten Aufträge aufrechterhalten wurden, relativierten diese Beschlüsse die Position der Beauftragten zumindest insoweit, als sie nun nicht mehr außerhalb, sondern am Sitzort und damit eigentlich im Rahmen des Parteivorstandes zu operieren hatten, der sich aus allen im Ausland befindlichen – wie sie selbst mit dem Mandat vom 26. April 1933 ausgestatteteten – Vorstandsmitgliedern zusammensetzte.

Unbeschadet dieser Unklarheiten und zunächst auch unbehelligt richteten die sechs Beauftragten in Prag ein Büro ein und firmierten als „Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Büro Sopade“⁸². Ihnen standen beträchtliche finanzielle Mittel – ein bis zwei Millionen Reichsmark konnten rechtzeitig ins Ausland gebracht werden – und damit technische Möglichkeiten zur vielfältigen Unterstützung einer illegalen Organisation im Reich zur Verfügung, doch zeigte sich bald, daß sie angesichts des Zusammenbruchs der Partei und des zu lange erzwungenen Legalitätskurses kaum organisatorische Verbindungen und noch weniger Autorität besaßen, ein Widerstandsnetz aufzubauen.

Unabhängig von der Parteiführung und im Gegensatz zu ihrem Legalitätskurs hatten Bezirksfunktionäre in Sachsen, einer Basis des linken Parteiflügels, bereits seit März den Aufbau einer illegalen Organisation und zu ihrer Unterstützung eines Grenzsekretariats in Karlsbad vorangetrieben. Zu den Initiatoren gehörte der Bezirksvorsitzende von Sachsen, Karl Böchel, dem es dazu gelungen war, Geldmittel des Parteibezirks ins Ausland zu bringen. Daneben hatte die seit ihrer Grün-

⁸² Sopade, Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Deutschlands, meinte im weiteren Sinne die Sozialdemokratie im Exil, d. h. die meist in Gruppen zusammengeschlossenen emigrierten Genossen in den verschiedenen Ländern und Orten, zu deren Betreuung Vertrauensleute vom Vorstand der Sopade ernannt wurden. Im engeren Sinne wurden unter der Sopade der Vorstand und die von ihm ernannten Vertrauensleute und Grenzsekretäre verstanden. Die sechs PV-Mitglieder im Büro, der Kern des Sopade-Vorstandes, waren besoldet, dsgl. ein Teil der Vertrauensleute und der Grenzsekretäre; im Büro waren darüber hinaus noch einige Angestellte tätig. Im Nov. 1933 kamen Rinner und Curt Geyer (Redakt. des „Vorwärts“) nach illegaler Tätigkeit im Reich nach Prag. Beide wurden besoldete Angehörige des Büros und Mitglieder des Sopade-Vorstandes (Geyer als Chefredakteur des NV ex officio). 1933 kamen auch die PV-Mitglieder Aufhäuser und Böchel in den Vorstand der Sopade, waren jedoch nicht im Büro tätig und wurden nicht besoldet.

Hinsichtlich des Vorstandes der Sopade sind drei Stadien zu unterscheiden: 1. Zusammensetzung aus PV-Mitgliedern im Büro und Aufhäuser/Böchel. 2. Nur Mitglieder des Büros. 3. Mitglieder des Büros und aus dem Büro Ausgeschiedene.

Da den lokalen Gruppen wie den Vertrauensleuten und Grenzsekretären (soweit sie nicht ohnehin abspalterten) das Recht der Delegation wie der repräsentativen Meinungsbildung grundsätzlich verweigert wurde, der Vorstand der Sopade also auch keinem Repräsentativorgan verantwortlich war, können „Vorstand der Sopade“ und „die Sopade“ gelegentlich synonym verwandt werden. Seitens der Exilierten waren Sopade, PV oder Prager PV nebeneinander gebräuchlich.

Als Parteivorstand wird im Folgenden das am 26. 4. 33 in Berlin gewählte Gremium bezeichnet.

dung konspirativ arbeitende Miles-Gruppe eine Kontaktstelle im Ausland eingerichtet³³.

Insbesondere die Miles-Gruppe war bereits international bekannt, als sich die SPD-Führung zur Änderung ihrer Politik entschloß. Beide Gruppen bestritten – unterstützt von anderen sozialdemokratischen Widerstandsgruppen im Reich, die sich gegen den Legalitätskurs gebildet hatten – dem Vorstand der Sopade das Mandat, den Widerstand der Sozialdemokraten anzuführen. Da einmal das Ansehen der gesamten Parteiführung in der internationalen Arbeiterbewegung erheblich ramponiert war und die Sozialistische Arbeiter Internationale (SAI) den Standpunkt der Kritiker teilte, da zum anderen der Vorstand die Hilfe der sächsischen Sozialdemokraten wie der Miles-Gruppe, die eine Reihe von Sozialdemokraten unter ihren Mitgliedern hatte, zur Herstellung von Kontakten ins Reich benötigte, gab er dem vielfachen Druck nach und erklärte sich bereit, die Broschüre „Neu Beginnen“ der Miles-Gruppe, die scharfe Angriffe auf die Parteiführung enthielt, in seinem Verlag „Graphia“ herauszubringen³⁴, die Gruppe finanziell zu unterstützen sowie die linken Mitglieder des Parteivorstandes, Karl Böchel und Siegfried Aufhäuser an der Vorstandsarbeit zu beteiligen.

Dieser – im Sinne der Saarbrücker und Prager Beschlüsse – selbstverständliche Vorgang wurde später sehr prononciert als selbstverständlich deklariert, während im Zusammenhang dieser Beteuerung benutzte Formulierungen: man habe „herangezogen“, „hinzugezogen“, „beauftragt“ andere Tendenzen ahnen lassen³⁵. Sie werden durch die Tatsache bestätigt, daß die Gleichberechtigung der Aufhäuser und Böchel im Vorstand der Sopade von den Mitgliedern des Büros schon in ersten Besprechungen im Juni 1933 in Zweifel gezogen wurde, daß man sich weiter nicht gerade darum bemühte, die emigrierten PV-Mitglieder nach Prag zu holen und daß schließlich regelmäßige Sitzungen unter Einschluß der Ehrenamtlichen auf deren scharfen Protest hin erst im Dezember 1933 eingeführt wurden³⁶. In den Berichten von 1934 und 1936 verwiesen die Mitglieder des Büros denn auch bei der Begründung ihres Mandats neben der Reichskonferenz vom 26. April

³³ Vgl. Kliem; Gruppen wie ISK und SAP arbeiteten ebenfalls bereits illegal (vgl. Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim/Glan 1964; Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim/Glan 1965); diese Gruppen können in diesem Zusammenhang außer Betracht bleiben.

³⁴ Dazu wurde die Sopade vom Sekretär der SAI, Friedrich Adler, und vom Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Edo Fimmen, der einen Druckkostenzuschuß gab, energisch gedrängt; Kliem S. 60f.

³⁵ Materialzusammenstellung der Sopade über organisatorische Sonderbestrebungen in der Partei, Januar 1935. MGD Dok. 13, S. 229ff. (zit. Materialzusammenstellung).

³⁶ Denkschrift der Parteivorstandsminderheit über die dauernde Verletzung der Parteidemokratie durch das Büro der Sopade in Prag. Laut Anschreiben von den Verfassern, Aufhäuser und Böchel, im Mai 1935 den Mitgliedern der Exekutive der SAI überreicht; IFZ-Archiv Fb 207, Bl. 53ff. (zit. Denkschrift).

immer auf die Parteivorstandssitzung vom 4. 5. 1933³⁷. Und in der Denkschrift der Sopade von 1938 – aus Anlaß der Übersiedlung nach Paris – hieß es später sehr offen:

„Unter diesen Umständen beauftragte der Parteivorstand am 4. Mai einige seiner Mitglieder, ihren Aufenthalt im Ausland zu nehmen und von dort aus den Kampf weiter zu führen. Als bald erfolgte auch das Verbot der Partei, der Terror verschärfte sich. Für die im Inland verbliebenen Mitglieder des Parteivorstandes wurde jede Tätigkeit unmöglich, sie schieden gezwungenermaßen aus dem politischen Leben aus. Es lag im Sinne des Auftrags, den sie am 4. Mai erhalten hatten, wenn die nach dem Ausland entsandten Vorstandsmitglieder nun die *Gesamtfunktion des Vorstandes an sich nahmen und sich selber als Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bezeichneten.*“³⁸

Dieses Selbstverständnis war 1933 im Büro der Sopade zweifellos schon latent vorhanden, wurde jedoch vom Schock des Zusammenbruchs der Partei und einer daraus entspringenden begrenzten Bereitschaft zur Selbstkritik überlagert³⁹ und mußte angesichts der Schwierigkeiten und dem vielfältigen äußeren Druck hinter die taktische Anpassung zurücktreten. So arbeitete das Büro nicht nur mit der alten und der neuen Linken halbwegs zusammen und erkannte sie als eine Art Arbeitskreise innerhalb der Sozialdemokratie an⁴⁰, es veröffentlichte darüber hinaus Anfang 1934 ein programmatisches Manifest, das die Politik des Reformismus in Deutschland faktisch als falsch verwarf, den Sturz des faschistischen Regimes durch eine Revolution proklamierte und die revolutionär-sozialistische Veränderung der Gesellschaft in Deutschland zum Ziel der sozialdemokratischen Politik erklärte. In diesem Manifest, dessen antireformistische und revolutionär-sozialistische Passagen allerdings nicht vom Prager Büro, sondern aus der Feder Rudolf Hilferdings stammten⁴¹, wurden Stellung und Aufgabe der Sopade widersprüchlich formuliert. Anspruchsvoll ist von der „Leitung der deutschen Sozialdemokratie im Ausland“ die Rede, die sich aber – bescheiden – in den „Dienst der Förderung der revolutionären Organisation“ stelle und in voller Toleranz gegenüber unterschiedlichen politischen Auffassungen alle Gruppen unterstützen werde, die „im Rahmen der Einigkeit der Arbeiterklasse“ am „Sturz der nationalsozialistischen Diktatur“ arbeiten. „Die Führung“, heißt es dann wenig eindeutig, bedürfe „der ständigen Mitwirkung und Beratung der Leiter der illegalen Gruppen“.

³⁷ Bericht 1934; Drei Jahre Sopadearbeit, IfZ-Archiv Fb 208, Bl. 85 ff. (zit. Bericht 1936).

³⁸ MGD Dok. 37, S. 310 ff. Hervorhebung von mir.

³⁹ Die ZfS war Produkt dieser Bereitschaft. Die Sopade habe „weitgehende Diskussionsfreiheit gewährt“ (Bericht 1936 S. 19; Hervorhebung von mir). Vgl. oben S. 411 und Anm. 5. Nicht ganz von ungefähr wurde die ZfS allerdings 1936 gegen den Willen Hilferdings eingestellt.

⁴⁰ Alte Linke = die aus der früheren antireformistischen innerparteilichen Opposition hervorgegangene Gruppe um Aufhäuser/Böchel, die sich als „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“ (RS) zusammenschloß. Neue Linke = Miles-Gruppe oder (nach der erwähnten Kampfschrift) „Neu Beginnen“ (NB).

⁴¹ Zur Entstehung des Manifests vgl. MGD Dok. 8–10. Text: Dok. 10, S. 215 ff. Siehe auch: Materialzusammenstellung.

Gegen den Grundsatz der Mitwirkung und Beratung war aber schon während der Diskussion des Manifestes, das mit „Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ gezeichnet war, sowohl gegenüber Mitgliedern des Sopade-Vorstandes wie des Parteivorstandes erheblich verstoßen worden. So wurde der Text Aufhäuser und Böchel bis zur Beschlußfassung in der Sitzung am 20. 1. 1954 vor-enthalten⁴². Georg Dietrich lernte das Manifest erst aus der Presse kennen und protestierte in einem bösen Brief gegen diese „unfaire“ Methode⁴³. Anderen Parteivorstands-Mitgliedern – wie Juchacz und Sollmann – ist es wahrscheinlich nicht anders ergangen.

Aufhäuser und Böchel haben für den „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“ das Manifest bereits bei der Abstimmung am 20. 1. abgelehnt, einmal – und darin stimmte Hilferding mit ihnen überein – weil die Sozialdemokratie in diesem Zeitpunkt kein fertiges Programm, sondern die Diskussion ihrer politischen Grundlagen brauche, und zum anderen, weil die Mitglieder des Büros „dieses bescheidene Programm ja doch nicht durchzuführen bereit seien“⁴⁴. In einer öffentlich geführten Diskussion wurden die Standpunkte weiter gegeneinander abgegrenzt. Aufhäuser prangerte das Manifest als Produkt einer Clique an und bestritt der Sopade die darin „selbst erteilte Legitimation zur Führung der revolutionären Bewegung“; man hätte sich mit einer „Plattform“ begnügen müssen, um eine Diskussion über die politischen Ziele des revolutionären Sozialismus auszulösen. Insbesondere stieß sich Aufhäuser an der Festlegung auf die „formale Parlamentsdemokratie“, statt die „Konstruktion einer demokratischen Räteverfassung“ zur Debatte zu stellen⁴⁵. Der nach Böchel „beste PV-Boxer Geyer“⁴⁶ suchte mit teilweise verschleiern den Argumenten die formalen Einwände zu entkräften, so, wenn er dem Vorwurf der Cliquenproduktion entgegenhielt, daß dem Manifest eine Meinungsbildung auf breiter Basis zugrunde liege, da die von Geyer und Rinner in Deutschland in Erfahrung gebrachten Stimmungen und Bedürfnisse der Parteimitglieder in den Text eingeflossen seien. Seine Aufforderung, die Kritiker sollten „hic rhodus-hic salta“ ihre Vorstellungen zur Diskussion stellen, beantwortete

⁴² Denkschrift S. 9. „Man gab ein programmatisches Manifest heraus, dessen Inhalt den ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern bis zur Eröffnung der beschlußfassenden Sitzung geheimgehalten worden war.“ Dsgl. K. B. Neuendorf (wahrscheinlich Karl Böchel), Kritik einer Antikritik, NV v. 11. 3. 1954.

⁴³ Denkschrift S. 9. Nach der Feststellung, daß er weder von der Absicht gewußt, noch einen Entwurf gesehen habe, schrieb D. weiter: „Habt doch den Mut, wenn ich Euch nicht passe, mich durch Beschluß auszuscheiden. Aber unterlaßt doch endlich die unfaire Erledigung durch den Apparat, von dem Ihr in Eurem Aufruf sagt, er sei tot, was Ihr ebensowenig glaubt, wie ich es glaube.“ (Febr. 1954.)

⁴⁴ Hilferding an Geyer, 10. 1. 54, MGD Dok. 9, S. 212f.; Böchel an Kurt Glaser, 10. 8. 54 in: Materialzusammenstellung.

⁴⁵ NV v. 18. 2. 1954.

⁴⁶ Böchel an Glaser (Anm. 44); der erste Entwurf des Manifests stammte v. Stampfer, Geyer, Rinner; Geyer schrieb die Entgegnung unter seinem Pseudonym Max Klinger, Der Weg zur revolutionären Politik, NV v. 25. 2. 54.

(wahrscheinlich) Böchel⁴⁷ mit der Ankündigung, daß der „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“ einen eignen Programmentwurf ausarbeiten werde⁴⁸, und Geyers Ausweichmanöver hinsichtlich der Ausarbeitung des Manifest-Entwurfs konterte er mit dem deutlichen Hinweis auf die Ausschaltung der linken Mitglieder des Sopade-Vorstandes von den Vorberatungen. Im Zentrum seiner inhaltlichen Kritik stand die Frage nach der Verbindlichkeit des sozial-revolutionären Programms; denn das Manifest leite die „Berechtigung zum revolutionären Kampf nur“ von der Tatsache ab, daß „der totale Staat des braunen Faschismus dem Reformismus jeden Lebensraum nimmt“; Böchel zweifelte, ob die Initiatoren des Manifests im Falle einer „irgendgearteten politischen Entspannung“ weiter zu ihren revolutionären Postulaten stehen würden.

Ebensowenig ist es gelungen, die neue Linke durch das Manifest dazu zu bewegen, die Sopade als Unterstützungsorganisation des revolutionären Widerstandes anzuerkennen. Die Miles-Gruppe griff gleichermaßen das vom Vorstand der Sopade beanspruchte Führungsmandat wie die in der gesamten Arbeiterbewegung weithin gehegten Illusionen über eine baldige Systemänderung im Reich an. Die Männer, welche ihre reformistische Politik bis zur faktischen Tolerierung Hitlers getrieben hätten, könnten „nicht plötzlich zu revolutionären Kämpfern gegen den faschistischen Staat bekehrt werden und mit einem Schlag aus dem Nichts Fähigkeiten“ für einen illegalen Kampf „produzieren“, den sie dazu mit der Illusion betrieben, daß die faschistische Herrschaft an inneren Widersprüchen und dem „Freiheitswillen der Massen rasch zerbrechen“ werde. Die Gruppe sah sich als zur Führung berufene Elite revolutionärer Marxisten und wandte sich gegen die Ansprüche der Revolutionären Sozialisten wie der Sopade oder der KPD.

Bemerkenswert noch die Kritik am Manifest der Sopade in einem Manuskript: „Um die neue Führung der Sozialdemokratie“, das eine Position zwischen den Fronten einnimmt⁴⁹. Der Autor des Manuskripts vermerkt positiv die Liquidation des Reformismus, wobei „gewissermaßen einen wohltuenden Akt der politischen Selbstliquidierung des deutschen Reformismus“ darstelle, daß „dieser Schlußstrich von der alten Parteiführung“ gezogen werde. Doch vermißt der Autor die organisatorischen Konsequenzen. Bislang habe sich der Prager PV, der weder „von der Reichskonferenz [ein] Mandat zur illegalen Arbeit“ erhalten noch es sich durch Leistung erworben habe, „nicht unberechtigt“ auf „Treuhanderschaft“⁵⁰ beschränkt, obgleich sich das Fehlen einer politischen Führung beim Aufbau der illegalen Organisation katastrophal auswirke. Die Auffassung von der Treuhanderschaft im Manifest erzeuge aber den Verdacht, daß hier versucht werde, „die alte

⁴⁷ Siehe Anm. 42.

⁴⁸ Dieser Entwurf wurde erst nach heftigen Auseinandersetzungen im Vorstand der Sopade in der ZfS 12/13, 1934 veröffentlicht. Vgl. Materialzusammenstellung und Denkschrift.

⁴⁹ Maschinenschr., Datumstempel: 16. 2. 1934; IfZ-Archiv Fb 208, Bl. 67 ff.

⁵⁰ Der wichtige Begriff „Treuhanderschaft“ findet sich im Manifest nicht. Mir ist nicht bekannt, worauf sich der Autor bezieht, oder ob er den Begriff hier – im Rahmen kritischer Interpretation – erstmalig verwendet.

Führung zu konservieren“. Daß aber „ein Splitter des alten Parteiapparates“ sich von der allgemeinen Umschichtung der Parteikader, wie sie im Reich vor sich gehe, ausnehme und Führungsrechte beanspruche, sei „Usurpatorentum reinsten Wassers“. Die Sozialdemokratie benötige – gerade wenn sie den Gruppenföderalismus überwinden und gegen die KPD bestehen wolle – eine neue, mit Autorität ausgestattete politische Führung, welche die „durch Illegalität bedingte organisatorische Dezentralisation . . . korrigiert“. Bemühe sich der Prager PV nicht um die „Herausbildung einer solchen Führung“, werde die Sozialdemokratie „über ihn zur Tagesordnung übergehen“.

Der Verdacht war berechtigt, daß der Vorstand der Sopade aus der Treuhänderschaft seine eigene Unabsetzbarkeit ableiten und versuchen könnte, seinen im Manifest als Kollegial-Institut interpretierten und zum Dienst am Widerstand relativierten Führungsanspruch voll durchzusetzen.

Im Herbst 1934 veröffentlichte der Sopade-Vorstand (de facto jedoch das Büro), der inzwischen in der von ihm aufgebauten illegalen Organisation eine eigene politische Basis besaß, in einem Tätigkeitsbericht und einer gesonderten Denkschrift seine Auffassung von den Aufgaben, die ihm aus den Mandaten vom 26. 4. und 4. 5. 1933 erwachsen seien⁵¹. Durch den Beschluß des Parteivorstandes, seinen Sitz nach Prag zu verlegen, heißt es in diesen Ausführungen, habe er zum Ausdruck gebracht, „daß er allein berechtigt ist, die deutsche Sozialdemokratie organisatorisch und politisch zu vertreten . . . Seit diesem Tag“ gebe es „außer dem Parteivorstand in Prag keine Körperschaft, die sich . . . auf ein so umfassendes Mandat berufen kann wie der auf der Reichskonferenz in Berlin gewählte Vorstand . . .“⁵². Jedoch grenze die „besondere Situation der deutschen sozialdemokratischen Bewegung in der Illegalität“ die Funktionen des Parteivorstandes ein.

„Die Unmöglichkeit, die politische Linie der Partei im ständigen engen Meinungsaustausch mit den in Deutschland tätigen Gruppen und Mitarbeitern und der in Deutschland lebenden großen Masse der Mitgliedschaft festzulegen, die Unmöglichkeit, die Führung der Partei in den in normalen Zeiten üblichen Zeitabständen und Formen der Kontrolle und der Entscheidung der Gesamtpartei zu unterstellen, . . . alle diese Umstände zwingen jede verantwortungsbewußte Parteiführung zur stärksten Zurückhaltung in allen Fragen, die für die Zukunft der Bewegung von entscheidender Bedeutung sein können.“⁵³

Diese Treuhänderschaft erstreckte sich „auf die Verwaltung des geretteten Parteivermögens, die Erhaltung der organisatorischen Reste der Partei, den Wieder-

⁵¹ Bericht 1934. Die nach Angaben eines V-Mannes der Gestapo den Vertrauensleuten im Okt. 1934 gesondert zugesandte Denkschrift ist ein unwesentlich gekürzter und veränderter Ausschnitt aus dem Tätigkeitsbericht, IfZ-Archiv Fb 207, Bl. 35 ff.

⁵² Vom Parteivorstand kann hier allerdings nur im Hinblick auf den Verlegungsbeschluß die Rede sein; darüber hinaus meinen die Verfasser nur das Büro der Sopade, denn Aufhäuser und Böchel waren zu diesem Zeitpunkt praktisch schon aus der Vorstandstätigkeit ausgeschaltet (s. u. S. 425). Ebenso waren die übrigen Parteivorstandsmitglieder nicht beteiligt.

⁵³ Vgl. dazu MGD, Einleitung, S. 32.

aufbau der Bewegung“; sie umfasse aber auch „die Vertretung der sozialdemokratischen Auffassungen der Grundsätze eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus“. Abgesehen davon, daß der Vorstand der Sopade damit schon nach wenigen Monaten von den sozial-revolutionären Positionen des Manifests abrückte, hob diese inhaltliche Bestimmung die Treuhänder über die rein organisatorische Funktion hinaus. Zwar sprach er sich die „Machtvollkommenheit“ ab, über Änderungen der politischen Linie der Partei zu entscheiden; wenn er jedoch erklärte, daß er – „wie immer sich der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Deutschland vollziehen“ werde – die Pflicht habe, „das ideelle und materielle Gut der deutschen Sozialdemokratie zu verwalten und darüber zu wachen, daß die große Tradition und die entscheidenden Zielsetzungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auch in der zukünftigen Bewegung lebendig und wirksam bleiben“, dann maß er sich damit die Funktion eines Hüters von Dogmen zu, die nicht zuletzt deshalb einem Führungsanspruch nahekam, weil er sich die Auslegung vermittels abstrakter Formulierungen selbst vorbehielt.

„Diese prinzipielle Einstellung zwingt den Parteivorstand“, Führungsansprüche einzelner Gruppen und Personen abzulehnen. Die Wahl einer neuen Führung komme „allein den Vertrauensleuten der in Deutschland wieder erstehenden sozialistischen Bewegung zu“. Daraus erwachse dem Parteivorstand die Pflicht, eine „durch die Bewegung in Deutschland autorisierte illegale Reichskonferenz“ vorzubereiten. Dem sei man durch die bisherige illegale Tätigkeit „ein gutes Stück nähergekommen“; doch ließen die „objektiven Bedingungen“ der illegalen Arbeit wie „der Stand der organisatorischen Entwicklung und die geistig-politische Situation der neuen Bewegung in Deutschland“ eine Durchführung in naher Zukunft nicht zu. Der Vorstand hielt es jedoch für nötig, hinzuzufügen, daß „die selbstgewählte Begrenzung seiner Aufgabe . . . den Verdacht“ ausschließe, daß „andere als rein sachliche Gründe“ seine Entscheidung in der Frage einer Reichskonferenz beeinflußt hätten. Seinen Anspruch, rein sachlich zu entscheiden, rückte er allerdings selbst ins Zwielficht, wenn er im Tätigkeitsbericht von 1936 schrieb, daß er „vor allem peinlich vermieden [habe], in [seinen] illegalen Veröffentlichungen für Deutschland die in Deutschland lebenden und arbeitenden Genossen mit den niederdrückenden Berichten über die Auseinandersetzungen in der deutschen Emigration zu belasten“⁵⁴. Als Belastung hatte er offenbar auch den Programmentwurf des „Arbeitskreises Revolutionärer Sozialisten“ empfunden und seine illegale Verbreitung in Deutschland zu verhindern gesucht⁵⁵. Wenn der Vorstand von sich selbst schrieb „Wir arbeiten mit dem Gesicht nach Deutschland“⁵⁶, so hatte diese Blickrichtung ihren positiven Aspekt im Anteil an der „Wahrheitsoffensive“ gegen den Faschismus. Ihr eigneten jedoch negative Aspekte, weil er sich eine – nur durch ihn selbst „sprechende“ – „Ober-Oberinstanz“⁵⁷ schuf, auf die er sich bei

⁵⁴ Bericht 1936.

⁵⁵ S. o. Anm. 48; und Denkschrift, S. 12.

⁵⁶ Bericht 1936.

⁵⁷ Brief Victor Schiffs an Stampfer v. 27. 1. 1936, MGD Dok. 13, S. 261.

seinen Handlungen und Entscheidungen berufen und die er als Instrument der „Macht“erhaltung gegen die Kritiker in der Emigration wenden konnte. Dazu mußte er durch die Weigerung, über die kritischen und selbstkritischen Diskussionen im Exil nach Deutschland zu berichten, in den Ruch kommen, eine Informationszensur über eben die Instanz verhängen zu wollen, der gegenüber er sich zur Rechenschaftslegung verpflichtet hatte.

Solchen Verdacht mußten Maßnahmen verschärfen, durch die das Büro seinen Anspruch, alleiniger Mandatsträger zu sein, faktisch durchsetzte. „Neu Beginnen“ drängte seit dem Frühjahr 1934 einmal dahin, einen Vertreter mit beratender Stimme in das Büro delegieren zu können, zum anderen in der Exekutive der SAI selbständig vertreten zu sein, und schließlich finanzielle Garantien von der Sopade zu erhalten. Zwar konnte die Gruppe ihre Forderungen weder gegenüber der Sopade unmittelbar noch über die SAI durchsetzen, doch beschloß die Exekutive im Juni 1934 immerhin, eine Kommission einzusetzen, welche die Situation in der deutschen Emigration untersuchen und der Exekutive berichten sollte⁵⁸. Kurze Zeit später griff das Büro gegenüber Aufhäuser und Böchel, mit denen es in der Vorstandssitzung am 22. Juni über die Veröffentlichung des Programmentwurfs heftig gestritten hatte, wieder zu der Taktik, keine Sitzungen mehr abzuhalten. Während Aufhäuser und Böchel mehrfach scharf dagegen protestierten, „gelangte der PV in den Besitz eines Briefes“, den Böchel am 10. 8. an einen Pariser Freund geschrieben hatte⁵⁹. Das Büro nahm diesen Brief zum Anlaß, die weitere Zusammenarbeit mit Böchel zu verweigern, bevor dieser nicht eine befriedigende Erklärung abgegeben habe. Infolgedessen nahmen Böchel und der sich mit ihm solidarisierte Aufhäuser weder an den Vorbereitungen, noch an der Sitzung der Sopade mit der Kommission der SAI teil⁶⁰. Erst nach einer Intervention Friedrich Adlers erklärte sich das Büro im Oktober bereit, wieder mit Böchel zusammenzuarbeiten. Doch schon kurze Zeit später, während oder nach der Vorstandssitzung am 18. Dezember erhielt das Büro „zufällig“⁶¹ Kenntnis von einem Briefwechsel zwischen Aufhäuser und Böchel, der – zusammen mit dem Brief Böchels vom 10. 8. – zum Grundstock jener „Materialsammlung der Sopade über organisatorische Sonderbestrebungen in der Partei“ wurde, mit der das Büro den am 30. Januar 1935 per Rundschreiben mitgeteilten Hinauswurf von Aufhäuser/Böchel aus dem

⁵⁸ Kliem, S. 127.

⁵⁹ S. o. Anm. 44. Der Brief enthielt scharfe Angriffe auf die Mitglieder des Büros, Hinweise auf eine beginnende Zusammenarbeit zwischen RS und NB und einen Bericht über Diskussionen innerhalb der RS, sich als selbständige Gruppe zu etablieren. Weiteres zu diesem Vorgang Anm. 62.

⁶⁰ Bei der Besprechung waren anwesend: die Kommission, die Mitglieder des Büros, die Auslandsleitung v. NB. Die Kommission kam zu dem Schluß, der Exekutive der SAI die Anerkennung v. NB als besondere „Inlandsrichtung“ der SPD zu empfehlen, was allerdings ohne Konsequenzen blieb, da die Sopade sie nicht zu ziehen bereit war und die Exekutive nicht darauf bestand. Mit Aufhäuser/Böchel konferierte die Kommission gesondert; Kliem, S. 128 ff.

⁶¹ Materialzusammenstellung, S. 235.

Vorstand der Sopade und die Einstellung der Zahlungen an „Neu Beginnen“ begründete⁶².

Dieser Schritt des Büros hat zahlreiche Aspekte. Betrachtet man allein die von den Kontrahenten vorgetragenen Argumente und Erwiderungen, so hatte der Vorwurf der Fraktionsbildung seine Berechtigung; denn zweifellos hatten die Revolutionären Sozialisten eine sehr eigenständige Organisation im Rahmen des sozialdemokratischen Exils ausgebildet – sie konstituierten sich jetzt auch sofort als

⁶² Zum Gesamtvorgang: Materialzusammenstellung; Denkschrift; Kliem, S. 128. Aus den Darlegungen bei Kliem und MGD, S. 231, Anm. 7, geht nicht hervor, daß das Büro zweimal in den Besitz von belastendem Material „gelangte“. Der Brief Böchels v. 10. 8. 34 geriet wahrscheinlich kurz nach dem 10. 8. in die Hände des Büros (Materialzusammenstellung, S. 231: „gelangte der PV in den Besitz eines Briefes“; Denkschrift S. 14: „durch das Büro der Sopade eigenmächtig geöffneter Privatbrief“). Ein V-Mann der Gestapo berichtete am 8. 4. 35 (IfZ-Archiv Fb 207, Bl. 41 ff.): Böchels Brief sollte mit dem regelmäßigen Kurierdienst der Sopade nach Paris befördert werden, sei aber von Wels zurückgehalten und geöffnet worden.

Der zweite Vorgang ereignete sich am 18. 12. 34. Auch aus der Materialzusammenstellung (S. 234f.) geht hervor, daß der Briefwechsel Aufhäuser/Böchel nach dem 18. Okt. – erste Vorstandssitzung nach Intervention Adlers – dem Büro „zufällig zur Kenntnis gelangte“. In der Denkschrift (S. 16) heißt es dazu: „In der Vorstandssitzung vom 18. Dezember 1934 sollte endlich die Rechnungslegung [am 18. 10. zugesagter erstmaliger Finanzbericht des Büros] vor sich gehen. Sie wurde aber wiederum vertagt und für die erste Sitzung im Januar 1935 in Aussicht gestellt. Nach Schluß dieser Vorstandssitzung ereignete sich dann der Vorgang mit der widerrechtlichen Aneignung der Akten des Genossen Böchel. Die Akten sind fünf Tage lang dem Genossen Böchel vorenthalten worden, man hat erst inzwischen Abschriften gemacht . . .“, was die Zitierung beweist. Die in MGD, S. 231, Anm. 7, zitierte Verwahrung Crummenerls v. 6. 2. 35 kann sich nur auf den letzteren Vorgang beziehen: „kann aber unmöglich von einer Verheimlichung oder von einem Diebstahl der Akten durch uns gesprochen werden“. Laut V-Mann sei der Briefwechsel Böchels Aktentasche entnommen worden; nach Kliem soll auf solchem Wege der Brief v. 10. 8. an das Büro gekommen sein.

Eine dritte Affaire in diesem Zusammenhang spielte sich im Januar 1935 ab (siehe dazu Peter Pistorius, Rudolf Breitscheid 1874–1944, Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, phil. Diss. Köln 1968). Die Reichstagsabgeordnete Toni Sender (RS) übergab vor einer USA-Reise ihre Papiere einem Genossen zur Verwahrung, der als (geheimer) Vertrauensmann für das Büro der Sopade arbeitete. Dieser kopierte Senders Briefwechsel mit Aufhäuser/Böchel und schickte die Kopien an das Büro. (Hinweis im Brief Breitscheids an Hoegner v. 23. 7. 35 über eine Besprechung des Büros mit Hilferding: „Noch schlimmer ist, daß über andere wichtige Dinge wie den Briefdiebstahl bei Toni Sender, die angebliche Verjüngung des PV (Wels, Vogel und Stampfer scheiden mit Abfindung aus dem Büro, nicht aus der Leitung aus), die Zusammenarbeit mit den ein wenig oppositionellen Gruppen überhaupt nicht gesprochen worden ist . . .“)

Eine wohlmeinende Einschätzung dieser Vorgänge wird – abgesehen von der Triplizität und dem rechtzeitigen Sich-Einstellen der Ereignisse – erschwert durch die Annahme, daß es wohl auch im Büro der Sopade nicht üblich war, Akten anderer Personen, die man zufällig fand, eingehend zu lesen und zu kopieren.

Die Meinungen außerhalb des Büros scheinen allerdings eindeutig: „Es ist sehr amüsant: Der PV erinnert sich an meine und anderer Genossen Existerz immer nur, wenn er wieder irgendein Schriftstück ‚gefunden‘ hat und wenn es einen Krakehl gibt“. (Breitscheid an Hoegner, 24. 10. 36).

„Revolutionäre Sozialisten Deutschlands“ – und „Neu Beginnen“ stellte von vornherein eine selbständige Organisation dar, die sich erst im Exil aus taktischen Gründen der Sozialdemokratie einfügte; beide standen darüber hinaus im Begriff, sich zu einem Oppositionskartell mit deutlicher Spitze gegen den Sopade-Vorstand zusammenzuschließen. Nur – operierte dieser mit der Fiktion einer großen Parteiorganisation, die zwar freie Meinungsbildung aber keine Opposition gegen die gewählte Führung zulassen könne. Der Gegenvorwurf der Vorstands-Minderheit aber, das Büro schließe sich seinerseits ab, entziehe sich seinen Verpflichtungen gegenüber dem Parteivorstand und habe so selbst den Charakter einer Gruppe angenommen, war nicht minder berechtigt. Daß dem Büro insbesondere daran lag, einer Kontrolle seiner Finanzgebarung zu entgehen, scheint offensichtlich, sowohl im Hinblick auf die Umstände, unter denen man Aufhäuser/Böchel aus dem Vorstand der Sopade manövrierte als auch angesichts der Tatsache, daß bereits in den Monaten Mai bis Juli 1935 eine merkwürdige Reorganisation der Sopade vorgenommen wurde⁶³. Hält man sich die Tendenz vor Augen, die Rechte und Funktionen des PV auf das Büro der Sopade zu konzentrieren, dann erscheint das Problem der Finanzen als die andere Seite der gleichen Medaille, denn jene Rechte gründeten sich in der Realität vornehmlich auf der Verfügungsgewalt über das gerettete Parteivermögen und später die Unterstützungsgelder der SAI.

1935 hatte sich die Sopade von ihren Kritikern institutionell lösen können, erkaufte die Lösung jedoch mit zunehmender Isolierung, zumal die Basis der illegalen Organisation, auf die gestützt sie den Stoß gegen die Kritiker geführt hatte, unter den Schlägen der Gestapo schmälere wurde. Das sozialdemokratische Exil reagierte auf die Methoden, mit denen die Sopade gegen ihre Kritiker vorgeht, ebenso mit unverhüllter Ablehnung wie darauf, daß sie ihren Standort, voller Illusionen nach Deutschland zu blicken, mit Desinteresse und Starrheit gegenüber den politischen Erfordernissen des Exils verband. Qualifizierungen wie „Gestapo-Methoden“ oder „Byzantinismus und . . . diktatorische Halsstarrigkeit“ wurden selbst von Männern ausgesprochen, die sich – bei aller Kritik und selbständiger Handlungsweise – der Sopade gegenüber um Loyalität bemühten⁶⁴. Das Ausmaß der Unterschiede in den politischen Auffassungen innerhalb des sozial-

⁶³ Protokoll der PV-Sitzung v. 21. 5. 1935, IFZ-Archiv, Fb 207, Bl. 50 f.; Schreiben Breitscheids an Hoegner, 25. 7. 35 (s. o. Anm. 62); Schreiben Wels' an Stampfer v. 3. 7. 1938, MGD Dok. 38, S. 321.

Soweit feststellbar, traten Wels und Stampfer mit Pension und einer Abfindung aus dem Büro aus; behielten jedoch ihre Funktion im Vorstand der Sopade (s. o. Anm. 32).

⁶⁴ Breitscheid an Hoegner, 11. 3. 1935: „Sachlich hat der PV in seinem Vorgehen gegen Aufhäuser und Böchel Recht, aber seine Gestapomanieren sind zu verwerfen.“ Ders. 18. 6. 1935: „Die Illusionen, die sich gewisse Leute [in Prag] machen, nehme ich noch in Kauf, aber die Gestapo-Methoden, die sie nach wie vor im Kampf gegen Kritiker anwenden, sind unerträglich.“ Victor Schiff an Stampfer v. 27. 1. 1936, MGD Dok. 18, S. 257 ff.: „Ich habe mehr und mehr das drückende Gefühl, daß neben unbestreitbaren Qualitäten auch der Byzantinismus und die diktatorische Halsstarrigkeit den Umzug von der Lindenstraße [in Berlin] nach Karolinenthal [Sitz der Sopade in Prag] mitgemacht haben.“

demokratischen Exils und die Tatsache, daß sie nicht nur aus Kommunikations-schwierigkeiten resultierten, trat scharf zutage, als Bemühungen um eine Sammlung des Exils vielerorts erstartete politische Fronten in Bewegungen brachten.

Während die Fühlungen zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nichtorganisierten in Paris bereits bis zu vorbereitenden Besprechungen über einen Volksfrontzusammenschluß gediehen waren, wurde die Sopade mit der Einheitsfrontfrage im November 1935 durch ein Schreiben konfrontiert, in dem das ZK der KPD eine Aussprache über Möglichkeiten der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den Vorständen der beiden Parteien vorschlug⁶⁵. Die Besprechung, an der von seiten der Sopade Vogel und Stampfer, seitens der KPD Walter Ulbricht und Franz Dahlem teilnahmen, kam am 25. November zustande⁶⁶.

Die Politik der Sozialdemokratie gegenüber der KPD angesichts der faschistischen Herrschaft hatte bereits zu den Streitpunkten zwischen dem Büro der Sopade und den Revolutionären Sozialisten gehört. Während im Manifest in einer allgemeinen Wendung davon die Rede war, daß sich die Parteiführung der Mission, die „Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen“, bewußt sei, hatten die Revolutionären Sozialisten in ihrem Programmentwurf die sofortige Einigung und Zusammenarbeit mit der KPD gefordert, womit sie sich die Empfehlung einhandelten, doch gleich „zu den Kommunisten [zu] gehen“⁶⁷. Und unter den Gründen für den Hinauswurf Aufhäusers und Böchels nahm die – von den Betroffenen wohl widerlegte Behauptung – einen hervorragenden Platz ein, sie hätten hinter dem Rücken des Vorstandes mit der KPD verhandelt und gemeinsame Aktionen gegen den Vorstand geplant⁶⁸.

Ihre Einschätzung der KPD und ihre Position hatte die Sopade im Herbst 1934 öffentlich mehr oder weniger festgelegt⁶⁹. Sie wies einmal aus der grundsätzlichen Erwägung, daß die KPD nach wie vor die Bolschewisierung Deutschlands anstrebe, eine Zusammenarbeit ab und führte darüber hinaus mit Recht ins Feld, daß der KPD nur daran gelegen sei, die Masse der Sozialdemokraten für eine zentral gelenkte Arbeiterorganisation ohne innerparteiliche Demokratie zu gewinnen, während sie die SPD und ihre Führung weiterhin rücksichtslos bekämpfe. Die Sopade berief sich zum anderen darauf, daß die illegalen Gruppen die Zusammenarbeit ebenfalls ablehnten. Zwar – so räumte die Sopade ein – sei die Sehnsucht nach einer Einigung der Arbeiterschaft groß, doch halte man in Deutschland organisatorische Maßnahmen für keinesfalls geeignet, die Spaltung zu überwinden; denn die KPD erweise sich in ihrer konspirativen Arbeit und in ihren auf Massenwirkung zielenden Aktionen als so leichtfertig, daß eine Zusammenarbeit die Ge-

⁶⁵ Schreiben v. 10. 11. 1935, MGD Dok. 14.

⁶⁶ Niederschrift der Sopade-Vertreter über die Besprechung, MGD Dok. 15, S. 241 ff.

⁶⁷ Denkschrift.

⁶⁸ Vgl. Materialzusammenstellung und Denkschrift. Daß die Vorstellungen der RS über den Weg zur Einheitsfront mit den kommunistischen durchaus nicht übereinstimmten, zeigt S. Aufhäuser, Dennoch Einheitsfront, Neue Weltbühne, 1. 11. 1934.

⁶⁹ Bericht 1934.

nossen zu sehr gefährden würde. An anderer Stelle des Berichts hieß es allerdings von „Neu Beginnen“ vorwurfsvoll, daß die Gruppe „jede Massenarbeit“ ablehne und „auf die Beeinflussung breiter Volksmassen bei aktuellen Anlässen“ verzichte; und im Bericht von 1936 bekannte die Sopade – wenn auch nicht unumwunden –, daß sich die eigene Massenarbeit angesichts der Massenverhaftungen als Katastrophe erwiesen habe.

Wenn die Novemberbesprechungen in Prag scheiterten, so waren „auf beiden Seiten Ungeschicklichkeiten“⁷⁰ die Ursache, die aber tiefergehende Einstellungen reflektierten. Nicht nur, daß die kommunistischen Unterhändler gegenüber der – bekanntermaßen – mißtrauischen und abweisenden Sopade Maximalziele verfolgten, in ihrer Argumentation blieb – gewiß unbegründete – Überheblichkeit spürbar, wenn sie auf der größeren Schuld der SPD am Zusammenbruch beharrten; und ihre Unduldsamkeit in der Verfolgung des Zieles, einen Aufruf zur Zusammenarbeit zu veröffentlichen, ließ hinter dem verbalen Eintreten für die Gleichberechtigung der Partner, die Absicht ahnen, die KPD doch in eine Führungsrolle zu bringen. Von der Sopade und ihren Unterhändlern aber meinte Rudolf Breitscheid zu Recht, daß sie „aus nicht immer zu billigen Gründen nicht wollen“⁷¹. Man verfolgte in Prag wohl mehr das Ziel eines salvierenden Tests als einer auch nur begrenzten Vereinbarung. Vogel und Stampfer beharrten – und ließen damit eine schwer überwindbare psychische Barriere sichtbar werden – vor allem darauf, daß die KPD nach den 17 Jahren der diffamierenden Angriffe auf die SPD-Führung sich sozusagen die Glaubwürdigkeit erst wieder erwerben und in einen „Nichtangriffspakt“ einwilligen müsse. Ulbrichts Gegenargument, daß Loyalität gegenüber einer Vereinbarung sich eigentlich nur durch die Praxis beweisen lasse, war kaum zu widerlegen. Aber Vogel und Stampfer wollten den „Nichtangriffspakt“ an sich – vielleicht später Vereinbarungen über Zusammenarbeit, während Ulbricht und Dahlem das Junktim: erst Vereinbarungen dann „Nichtangriffspakt“ dagegen setzten. An der Wechselbeziehung zwischen „Nichtangriffspakt“ und Meinungsfreiheit spitzten sich die Gegensätze zu. Während die Sozialdemokraten die Kampfeinstellung total verstanden wissen wollten, beanspruchte Ulbricht für die KPD das Recht, Gegner der Einheitsfront auch weiterhin öffentlich anzugreifen. Vogel und Stampfer haben diesen unpräzisen und daher willkürlich interpretierbaren Anspruch zu Recht als taktisches Manöver, als eine Hintertür abgewiesen, durch die man Angriffe im alten Stil vortragen könne. Grundsätzlich wäre allerdings zu fragen, ob sich eine Einheitsfront, wäre sie zustande gekommen, unter den herrschenden Bedingungen eine volle Meinungsfreiheit in Form öffentlicher Angriffe oder gar von Gegenaktionen seitens konservativer Sozialdemokraten hätte leisten können, ohne die vielbeschworene Sicherheit der Widerstandskämpfer extrem zu gefährden⁷²; genauso, wie man der KPD die Freiheit nicht zugestehen konnte, Unliebsame etwa als Gestapo-Agenten zu denunzieren. Darüber hinaus blieben

⁷⁰ Breitscheid an Hoegner, 10. 12. 1935.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Vgl. dazu Stampfer, *Emigration*, S. 92, Anm. 106.

Vogel und Stampfer bei den Argumenten von 1934: daß der KPD demokratische Ziele nicht abgenommen werden könnten, daß die illegalen Gruppen im Reich organisatorische Zusammenarbeit aus Sicherheitsgründen ablehnten, nicht zuletzt weil sie nicht in den Verdacht kommen wollten, zum Bolschewismus übergeschwenkt zu sein. Ein Argument, hinter dem die Sopade wohl zwei ihrer eigenen Motive verbarg: einmal wünschte sie für eine bürgerliche Opposition „koalitionsfähig“ zu bleiben, und zum anderen fürchtete sie eine Isolierung von den „rechten“ Bruderparteien in England und Skandinavien⁷³.

Jene Sozialdemokraten in Frankreich und den westlichen Ländern Europas, die bereits in sehr konkrete Verhandlungen mit den kommunistischen Vertretern eingetreten waren, hatten durchaus nicht übersehen, daß Ulbricht und Dahlem dem Typus von kommunistischen Funktionären zugehörten, die mit taktischen Finessen die Einheits- oder Volksfront doch zum kommunistischen Instrument machen wollten, hatten sich aber über längere Zeit davon überzeugen können, daß ihre Partner – allen voran Willi Münzenberg – zur Verständigung ohne taktische Vorbehalte bereit waren. Andererseits ging keiner der maßgeblichen Sozialdemokraten in Paris mit naiver Begeisterung in die Besprechungen; sie hatten sich von der Notwendigkeit und – angesichts des französischen Beispiels – der Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterparteien überzeugt und setzten im übrigen Taktik gegen Taktik; fast übereinstimmend vertraten etwa Breitscheid, Kuttner und Schiff die Auffassung, daß man sich, wenn schon „die Kommunisten die demokratische Parole ausgegeben haben . . . diese Situation zunutze machen“ sollte⁷⁴. So stimmten denn auch die Vorwürfe gegenüber der Sopade im Tenor überein: nicht, daß man in Prag keine positiven Erfahrungen machen konnte, sondern daß die Sopade von positiven Erfahrungen nichts hören wollte, ja, daß sie Informationen wohl vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit verfälschte, wenn sie die durchgängige Ablehnung einer Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD seitens der illegalen Gruppen immer wieder behauptete⁷⁵.

Wenn Victor Schiff bei Wels und Crummenerl „tief verankerte Vorurteile“ und „intellektuelle Unbeweglichkeit“ konstatierte, und Erich Kuttner aus deren Mund zwar „viele gescheite Worte von Organisationsleitern“ gehört haben wollte, „aber nicht eines, das den Politiker verraten hätte“, so haben sie damit nicht nur Einstellungen und deren Ursache im Jahre 1936 charakterisiert, vielmehr die unter

⁷³ Vgl. Schreiben Victor Schiffs an Ernst Reuter v. 7./10. 1. 1936, MGD Dok. 17, S. 254. Auch in den Besprechungen mit Ulbricht/Dahlem klingen beide Motive an.

⁷⁴ Breitscheid an Hoegner, 10. 12. 1935. Siehe auch MGD Dok. 17–20: Schiff an Reuter v. 7./10. 1. 1936; Schiff an Stampfer, 27. 1. 1936 u. 6. 2. 1936, Kuttner an Stampfer, 9. 2. 1936.

⁷⁵ Schiff ebd.; s. auch die kurze Niederschrift Breitscheids über eine Besprechung zwischen Sozialdemokraten am 3. 2. 1936, am Tage nach der konstituierenden Versammlung des „Komitee zur Schaffung der deutschen Volksfront“. Die Niederschrift umfaßt sowohl die konstituierende Versammlung wie auch eine Besprechung zwischen Vertretern der Arbeiterparteien am 1. 2. 1936. Von Breitscheid an Hoegner übersandt, undatiert; die Daten gehen u. a. aus einem Schreiben Breitscheids v. 28. 1. hervor, das die Konferenzen ankündigt und eine Einladung an Hoegner enthält, der am 29. 1. wegen Paßschwierigkeiten mit Bedauern ablehnt.

führenden SPD-Funktionären schon längst verbreitete Fixierung auf den Apparat, die sich im – vom Exil erzwungenen – weitgehenden organisatorischen Leerlauf extrem zugespitzt hatte. Daß im Organisationsdenken Befangenen die Flexibilität fehlt, sich neuen Situationen anzupassen und sie zur selbstbetrügerischen Dogmatisierung ihrer politischen Linie neigen, hat Kuttner Friedrich Stampfer indirekt zu verstehen gegeben:

„Die Einwände: Die Kommunisten wollen uns betrügen. – Wir haben Brüning toleriert, und er hat uns betrogen. Wir haben Hindenburg gewählt, – er hat uns betrogen. Da habt ihr keine hindernde Angst vor dem Betrug gehabt . . . Jedenfalls weiß ich wirklich nicht, warum ein Treviranus, der die Papenschen Schurkereien mitgemacht hat, für unsereins verkehrsfähiger sein soll als Münzenberg oder sonst ein Kommunist. Ich sehne mich keineswegs danach, von den Kommunisten hereingelegt zu werden, aber noch weit weniger danach, noch einmal der Dupe [sic] der Reichswehr, des Zentrums oder sonst irgend welcher Bürgerlicher zu sein.“⁷⁶

Es lag in der Konsequenz dieser Haltung, daß die Sopade im Januar 1936 versuchte, die ihr nicht genehmen Ansätze zur Zusammenarbeit mit der KPD zu bremsen. In einem Rundschreiben wurden die Grenzsekretäre und Vertrauensleute „verpflichtet“, alle organisatorischen Verbindungen, Abmachungen und Vereinbarungen mit den Kommunisten „abzulehnen“. Dabei berief sie sich faktisch auf eine gleichzeitig bekanntgemachte Entschließung „von Vertretern unserer illegalen Organisation in Nordwestdeutschland“, der – in Schiffs Formulierung – „Ober-Oberinstanz“, auf die gestützt die Sopade den gesprächsbereiten Sozialdemokraten offenbar „förmliche Gewissenskonflikte aufzwingen“ wolle. Bezeichnend allerdings wiederum die Widersprüchlichkeit in der Argumentation der Sopade, die – sozusagen im gleichen Atemzuge – ihre Vertrauensleute dazu anhielt, „in ihren Zusammenkünften und Besprechungen mit den in Deutschland lebenden und tätigen Parteigenossen diesen Beschluß des Parteivorstandes [zu] vertreten“⁷⁷.

Diese Aktion hatte in Paris höchstens den „Erfolg“, die beteiligten Sozialdemokraten zu verärgern. Nach einer Vorbesprechung zwischen Vertretern der Arbeiterparteien am Vorabend, trafen am 2. Februar 1936 deutsche Emigranten verschiedenster politischer Richtungen und Auffassungen im Hotel Lutetia in Paris zusammen und konstituierten sich als „Komitee zur Schaffung der Deutschen Volksfront“. Die Versammlung verabschiedete ein Manifest, in dem alle Parteien und Gruppen der Opposition gegen den Nationalsozialismus aufgerufen wurden, sich unter Wahrung ihrer programmatischen Eigenständigkeit, zur „Wiederherstellung der elementarsten Menschenrechte“ in Deutschland zusammenzuschlie-

⁷⁶ Zitate v. Schiff und Kuttner, s. Anm. 74. Wie sehr die Wels'sche Einstellung gegenüber der KPD organisationspolitisch verbrämten Emotionen entsprang, zeigt ein späterer Vorfall: In seinem Entwurf für die Denkschrift der Sopade, 1938 (s. o. Anm. 58) hatte Stampfer die Verfassungswidrigkeit der Reichstagsitzung v. 25. 5. 1933 mit der Fernhaltung aller Kommunisten und vieler Sozialdemokraten begründet. Laut Stampfer wurde die Passage „auf Wunsch von Wels gestrichen . . . , weil man jeden Anschein eines Eintretens für die KPD vermeiden wollte“. MGD Dok. 37, Anm. 4.

⁷⁷ Vgl. MGD Dok. 18, Anm. 14 u. 16.

ßen, und sie beauftragte einen Volksfrontausschuß damit, eine Plattform zur Sammlung aller Oppositionsgruppen zu erarbeiten⁷⁸. Die beteiligten Sozialdemokraten kamen am 3. Februar nochmals zu einer Besprechung zusammen, in der „vollständige Einmütigkeit“ darüber erzielt wurde, „daß unter allen Umständen die Föhlung mit den Kommunisten aufrechterhalten werden solle. Man müsse unbeschadet der eigenen programmatischen Einstellung bemüht sein, in all den Fragen, in denen man im Kampf gegen das Hitlertum übereinstimme, eine gemeinsame Plattform zu finden“. Man einigte sich darauf, die Sopade über die Auffassungen der Versammelten zu informieren und „gab sich der Hoffnung hin, daß offizielle Verhandlungen zwischen den beiden Parteizentralen wieder aufgenommen würden“⁷⁹.

Neben dem Ziel, den Kampf gegen den Nationalsozialismus gemeinsam zu führen, leitete die Exilierten, die im Komitee mitarbeiteten, einmal das Motiv, durch eine gemeinsam vertretene programmatische Plattform für den politischen Neubeginn nach einem Sturz Hitlers die Gefahr eines Vakuums zu bannen, und zum anderen sollte die politische Wirksamkeit des Exils gegenüber dem Ausland ebenso durch geschlossenes Auftreten erhöht wie die Forderung nach rechtlicher und sozialer Sicherheit nachhaltiger unterstützt werden. Zu den ersten praktischen Ergebnissen dieser Konferenzen gehörten denn auch ein gemeinsames Flüchtlingskomitee unter dem Vorsitz von Albert Grzesinski, das Emigranten beriet und bei Verhandlungen mit französischen Behörden unterstützte sowie die von Heinrich Mann, Rudolf Breitscheid, Bruno Frei und Max Braun herausgegebenen „Deutschen Informationen“. Und über ein Jahr lang war der Volksfrontausschuß eine Art repräsentativer Vertretung des Exils in Frankreich.

Die Ereignisse im spanischen Bürgerkrieg haben bei zahlreichen Emigranten die Überzeugung gefestigt oder geweckt, daß die Volksfront notwendig und realisierbar ist. Im gleichen Maße verbreitete sich die Einsicht, daß auf spanischem Boden nicht nur ein landläufiger Bürgerkrieg abrollte, daß sich hier vielmehr der Faschismus zum Kampf gestellt hatte und daß sein Sieg in Spanien das Ende der Demokratie in Europa bedeuten würde⁸⁰. Unter den Freiwilligen, die nach Spanien gingen, um in der republikanischen Armee zu kämpfen, waren so auch viele deutsche Emigranten: Kommunisten, Sozialdemokraten und etliche Liberale. Zunächst gingen sie individuell, dann übernahmen vornehmlich die kommunistischen Parteien die Rekrutierung für die Internationalen Brigaden; während sich aber die italienischen und österreichischen Sozialisten organisatorisch und personell engagierten (Pietro Nenni, Julius Deutsch), kehrte die Sopade den spanischen

⁷⁸ Einzelheiten bei Babette Gross, Willi Münzenberg, Eine politische Biographie. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14/15, Stuttgart 1967, S. 292ff.; dort auch der Text des Manifests.

⁷⁹ Niederschrift Breitscheids (s. o. Anm. 75). S. auch Schiff an Stampfer, 6. 2. 1936 (s. o. Anm. 74).

⁸⁰ Vgl. Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, München 1959, S. 48ff.; Breitscheid an Hoegner, 17. 8. 1936.

Ereignissen sozusagen den Rücken zu. Der „Neue Vorwärts“ spiegelt eine Haltung, in der verbale Sympathie mit einer aus der Fixierung auf Deutschland resultierenden Passivität Hand in Hand ging. Anfänglich trug die Verknüpfung der eigenen Illusionen mit dem Schicksal der spanischen Republik nahezu makabre Züge; ein Artikel⁸¹, der die faschistische Methode geißelte, eigene Verbrechen als Bekämpfung des Bolschewismus zu kaschieren, endete mit einer Betrachtung über die Folgen von Sieg oder Niederlage der Republik für den Faschismus: ein Sieg wäre der Anfang vom Ende des Faschismus, aber auch im anderen Falle würde er

„der Vergeltung nicht entgehen! Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß der deutsche und der italienische Faschismus durch die direkte Unterstützung Francos den spanischen Freiheitskampf erwürgen würden, wird die Beispielwirkung dieser Verteidigung, wird die tiefe politische und moralische Erschütterung weiterwirken, die Spanien in der europäischen Demokratie hervorgerufen hat“.

Soweit der Ruf nach aktivem Engagement – sei es personell oder materiell – im „Neuen Vorwärts“ erging, erfolgte er durch den Abdruck von Resolutionen der – selbst wenig entschiedenen – Sozialistischen Arbeiter-Internationale⁸² oder von Artikeln etwa Pietro Nennis oder Louis de Brouckères⁸³, während er aus eigenem sich damit begnügte, die einseitige Nichtinterventionspolitik Frankreichs und Großbritanniens anzuklagen. Victor Schiff und Erich Kuttner, die sich als Kriegsberichterstatter zeitweilig in Spanien aufhielten, haben in Briefen an Friedrich Stampfer der Sopade wegen ihres Abseitsstehens vorgeworfen, sie versage auch gegenüber dieser Herausforderung, weil sie „vor lauter ‚Taktik‘ die großen, entscheidenden Dinge“ nicht sehe, und überlasse den Kommunisten – da der Wille „zu einem *modus vivendi*“ fehle – das Feld allein⁸⁴.

Die grundsätzliche Abstinenz gegenüber allem, was nur entfernt mit Einheits- und Volksfront zusammenhing, – sie fand im „Neuen Vorwärts“ ihren Niederschlag in mittelbaren Angriffen und ansonsten im Totschweigen der Pariser Aktio-

⁸¹ „Das bolschewistische Gespenst“ NV 23. 8. 1936.

⁸² NV 16. 8. 1936 u. 21. 3. 1937.

⁸³ NV 16. 8. 1936 u. 21. 2. 1937.

⁸⁴ Schiff, 31. 5. 1937; Kuttner, 4. 6. 1937, MGD Dok. 32 u. 33, S. 291 ff., auch Breitscheid an Hoegner, 1. 12. 1936. Schiff und Kuttner schätzten Stampfer als den in der Volksfrontfrage relativ Beweglichsten unter den Mitgliedern des Sopade-Vorstandes ein und forderten ihn auf, für ein Engagement der Sopade sich einzusetzen, zumal (nach Schiff) Möglichkeiten der Propagandaarbeit nach Deutschland durch Beteiligung an einem von den Kommunisten betriebenen Sender bei Madrid bestünden. Kuttner sollte offenbar nach Absprache mit Pariser Sozialdemokraten in dieser Richtung vorfühlen (vgl. Schiff). Im Juni 1937 reiste das Vorstandsmitglied Paul Hertz nach Spanien, „wo er mit Kuttner über eine intensivere Mitwirkung der Sopade in Spanien konferieren soll“ (Schiff an Reuter, 15. 6. 1937, MGD Dok. 53, Anm. 1). Breitscheid berichtet über einen begrenzteren Auftrag: Verhandlungen über eine Beteiligung an dem Sender zu führen, der zu diesem Zeitpunkt bereits von der Pariser Volksfront mitbenutzt wurde (Breitscheid an Hoegner, 29. 6. 1937). Zu einem möglicherweise weiteren Aspekt der Reise von Hertz vgl. Kliem, S. 204. Eine Änderung der Haltung des Sopade-Vorstandes hat die Reise nicht bewirkt.

nen⁸⁵ – ja letztlich gegenüber exilpolitischen Problemen überhaupt, hat viele Sozialdemokraten zur gleichgültigen Abkehr von der Sopade und zu der Entscheidung bewogen, in diesen Fragen den Weg zu gehen, den sie für richtig hielten⁸⁶. Allerdings konnte sich die Sopade vom Ablauf der Ereignisse bestätigt fühlen. Ganz abgesehen von der Wirkung der Moskauer Prozesse auf die Verfechter einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten, scheiterten auch andere von einiger Hoffnung begleitete Ansätze an der kommunistischen Haltung. In Spanien haben – unter anderem auch deutsche – kommunistische Funktionäre versucht, sozialistische und anarcho-syndikalistische Gegner ihrer politischen Ziele rücksichtslos zu erledigen, um die Volksfront und die Internationalen Brigaden zu ihrem Instrument zu machen⁸⁷. Und die Pariser Volksfront zerfiel, als mit dem sinkenden Einfluß Münzenbergs in der KPD auch hier jenen Taktikern die Vertretung der Partei zufiel, welche die Volksfront unter kommunistische Führung bringen wollten; auf der ersten großen Konferenz am 10. April 1937 zeichnete sich das Scheitern des Experiments bereits ab. Im Herbst 1937 zogen dann die nicht-kommunistischen Mitglieder des Volksfrontausschusses die Konsequenz aus den Praktiken der kommunistischen Vertreter Merker und Ulbricht: den öffentlichen Angriffen auf nicht genehme Personen, der öffentlichen Jagd auf die sogenannten Trotzlisten und sonstigen Abweichler, und erklärten dem ZK der KPD, daß sie mit diesen nicht mehr zusammenarbeiten könnten; danach blieb von der Volksfront nur noch ein kommunistisch gesteuerter Rest⁸⁸.

⁸⁵ Der NV brachte außer einer Erklärung gegen die KPD (sie versuche mit der Behauptung, „eine sogenannte ‚reaktionäre Gruppe‘“ im sozialdemokratischen Parteivorstand verhindere die Einigung des Proletariats, „nach der alten Methode der Einheitsfrontmanöver einzelne Teile der Sozialdemokratischen Partei gegen andere auszuspielen“; NV 22. 8. 1937) am 29. 9. 1937 zum ersten Mal einen Artikel („Volksfrontdebatten“), der sich mit der Pariser Volksfront beschäftigte; durch einen Bericht des ZK der KPD angeregt wurde darin eine vor allem zwischen SAP und KPD geführte Debatte darüber behandelt, in welchem Maße die Volksfront den Sozialismus programmatisch betonen solle (vgl. Breitscheid an Stampfer, 13. 10. 1937, MGD Dok. 34, S. 295). Wohl aber benützte der NV die Moskauer Prozesse ganz offensichtlich zu mittelbaren Angriffen. Im Februar und März 1937 wurde eine Artikelserie veröffentlicht („Zum Verständnis der Moskauer Prozesse“), worin generell die Unglaubwürdigkeit von Kursänderungen in der kommunistischen Politik dargetan wurde (NV 7. 2., 7. 3., 14. 3., 21. 3. 1937).

In einem Schreiben von Wels (von Vogel u. Ollenhauer mit unterschrieben) an Stampfer v. 20. 8. 1936 hieß es im Blick auf die Prozesse: „Fürwahr, eine stärkere Ermunterung für ein Zusammengehen, fußend auf Erklärungen Stalins, Dimitroffs und Konsorten kann ich mir nicht denken.“ MGD Dok. 26, S. 279 ff.

⁸⁶ Breitscheid an Hoegner, 17. 8. 1936.

⁸⁷ Dazu Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, S. 51 ff., ders., Spanisches Kriegstagebuch, Köln 1966, vor allem S. 7 ff. Vgl. auch Hugh Thomas, Der spanische Bürgerkrieg, Berlin 1961.

⁸⁸ Vgl. Breitscheid an Stampfer, 13. 10. 1937, MGD Dok. 34, S. 295 f. Kantorowicz (Deutsches Tagebuch, S. 48) zitiert aus einem Brief Heinrich Manns an Max Braun v. 25. 10. 1937: „Ihre Mitteilungen vom 23. Oktober zeigen mir, daß Ulbricht tatsächlich eine eigene Volksfront, die ihm unterstehen soll, ins Werk setzen möchte . . . Ich bin daher gegen eine

In all dem jedoch ausschließlich für die Haltung der Sopade sprechende Argumente sehen, kann nur, wer aus der Rückschau Fakten für unausweichlich hält. Vielleicht hätte die Sopade andere Fakten schaffen, die Entwicklung beeinflussen können. Eine größere taktische Flexibilität und die aktive Beteiligung an den Bemühungen um Einheits- und Volksfront hätte nicht nur eine integrierende Funktion innerhalb des sozialdemokratischen Exils, sondern wahrscheinlich auch eine konzentrierende Wirkung auf andere sozialistische Exil-Gruppen ausgeübt. Eine geschlossene nicht-kommunistische Gruppe innerhalb der Volksfront hätte aber nicht nur diese gestärkt, sondern auch den kommunistischen Einfluß relativiert. Die Volksfront wäre mit einer starken und einheitlichen SPD-Gruppe auch ein politischer Faktor gewesen, wenn sich die KPD hinaustaktiert hätte. Andererseits wären durch eine solche Situation – da der KPD an Beteiligung und Einfluß wohl nicht wenig lag – notwendig die Kräfte im kommunistischen Lager gestärkt worden, die den Zusammenschluß auf der Basis echter Gleichberechtigung wollten.

War für die Sozialdemokraten in Paris eine positive Einstellung der KPD zur Frage der Gleichberechtigung, deren Bereitschaft also, sich nicht in eine Führungsrolle hineinzuspielen, ein Angelpunkt für ihre zeitweilig positive Entscheidung, so dürfte die Gleichberechtigung von der Sopade – betrachtet man ihre Organisationspolitik in der Konzentrationsdebatte – im Hinblick auf die kleinen sozialistischen Gruppen negativ gewertet worden sein.

Die Bemühungen, eine Konzentration des sozialistischen Exils ohne die KPD zustandezubringen⁸⁹, liefen in zwei Phasen ab: Anfang 1938 in Prag und im Sommer 1938 in Paris. Im Ablauf dieser Ereignisse spielte Paul Hertz eine Schlüsselrolle. Das Verhältnis zwischen ihm und seinen Kollegen im Sopade-Vorstand wurde seit den Auseinandersetzungen mit Aufhäuser und Böchel, 1934, zunehmend gespannt⁹⁰. Diese Spannungen mögen Hertz seit 1935 zu einer Annäherung an die Gruppe „Neu Beginnen“ bewogen haben, wie umgekehrt der Verdacht solcher Beziehungen die Abschließungstendenzen der anderen gefördert haben dürfte⁹¹. Die Zielsetzungen „Neu Beginnens“, in die Sopade einzudringen und ihre Politik von daher durchzusetzen, korrespondierte den Absichten von Hertz, den Vorstand des Sopade wieder zu einer demokratisch legitimierten Institution umzugestalten. Der Vorstand hat – wohl um der eigenen Isolierung entgegenzuwirken – die Beziehungen von Hertz zu „Neu Beginnen“ toleriert und in Hertz so etwas wie einen befürwortenden Sprecher der Gruppe gesehen, ohne jedoch das

Zusammenberufung des Gesamtausschusses, solange U. als Hauptvertreter oder auch nur als Vertreter seiner Partei dort erscheinen darf . . .“ Ende 1937 kündigte Breitscheid auch seine Mitherausgeberschaft an den „Deutschen Informationen“ auf: (Breitscheid an Hoegner, 29. 12. 1937).

⁸⁹ Für die Einzelheiten des Ablaufs siehe Kliem, S. 228 ff.

⁹⁰ Vgl. Breitscheid an Hoegner über Klagen von P. H., 11. 3. u. 18. 6. 1935, und Feststellung von P. H. in der Vorstandssitzung der Sopade v. 10. 8. 1938, Protokoll S. 354, MGD Dok. 59, S. 523 ff.

⁹¹ Zur Beziehung Hertz – „Neu Beginnen“ und zur Zielsetzung von NB vgl. Kliem, S. 182 ff.

Ausmaß seiner Beziehungen zu „Neu Beginnen“ zu erfassen⁹². Mit seinem Vorstoß im Januar 1938, eine Konzentration insbesondere mit „Neu Beginnen“ nun zu realisieren, nützte Paul Hertz einen günstigen Zeitpunkt. Die zunehmenden außenpolitischen Spannungen und der wachsende Pessimismus, mit dem die Aussichten für eine Veränderung der Machtverhältnisse im Reich beurteilt wurden, dürfte die Bereitschaft, die Frage einer Konzentration zu diskutieren, ebenso gefördert haben, wie die Tatsache, daß sich die „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ im September 1937 selbst auflösten und wieder in den sozialdemokratischen Gruppen mitarbeiteten⁹³. Am 26. Februar 1938 beschloß der Vorstand eine Stellungnahme, in der er zur Zusammenfassung der sozialdemokratischen Kräfte in Deutschland und der Emigration aufrief und seine Bereitschaft erklärte, die Konzentrationsbewegung zu fördern. Friedrich Stampfer interpretierte im Juni 1938 diese EntschlieÙung dahin⁹⁴, daß der „Partei Vorstand“ der Meinung gewesen sei, „zum Begriff der Konzentration [gehöre] das Vorhandensein eines Zentrums“. Er habe daher „seine Dienste als ein solcher Mittelpunkt des Zusammenschlusses zur Verfügung“ stellen wollen. Dem hat der Gang der Dinge allerdings nicht entsprochen. Als am 10. 3. 1938 ein Konzentrationsausschuß für Prag gewählt wurde, landeten Stampfer und Vogel unter zehn Gewählten auf den Plätzen sechs und sieben⁹⁵. Schon einen Tag später fand Erich Ollenhauer, daß „der Ausschuß praktisch bereits gescheitert“ sei, und forderte, daß die Sopade „die Frage prüfen“ müsse, „ob wir *unseren* Beschluß, im Ausschuß mitzuarbeiten aufrechterhalten“⁹⁶.

Das Für und Wider der Konzentrationsdebatte wurde bald darauf durch die – von der außenpolitischen Entwicklung und ihrer Rückwirkung auf die Innenpolitik der CSR erzwungene – Übersiedlung der Sopade von Prag nach Paris unterbrochen; bereits im Januar erschien der „Neue Vorwärts“ erstmalig in Paris, und im Mai 1938 zog auch das Büro um.

Die im Juni in Paris erneut in Gang kommenden Bemühungen und Debatten standen für die Sopade allerdings unter völlig neuen Aspekten. Einmal hatten sich im Januar 1938 die deutschen Sozialdemokraten in Frankreich zu einer Landesgruppe unter dem Vorsitz von Max Braun⁹⁷ zusammengeschlossen und auf einer Landeskonzferenz im April den Beschluß ihres Vorstandes bestätigt, mit der Sopade und anderen sozialistischen Gruppen Konzentrationsverhandlungen aufzunehmen. Das Büro sah sich so „eigenen“ Leuten gegenüber, die nicht einfach dem „Zentrum“ sich eingliedern, sondern Verhandlungen unter Wahrung der Gleichberechtigung wollten. Zum zweiten war mit der „Auslandsvertretung der österreichischen Sozial-

⁹² Das scheint auch hinsichtlich der Grenzsekretäre Schöttle, v. Knöringen und Bögler der Fall gewesen zu sein. Vgl. Vorstandssitzung v. 10. 8. 1938.

⁹³ Matthias, Sozialdemokratie und Nation, S. 34.

⁹⁴ „Konzentrationsdebatte“, NV 19. 6. 1938.

⁹⁵ Khem, S. 251, Matthias, a.a.O., S. 291, Anm. 37. Danach: 1. Stein (43 Stimmen); 2. Hertz (36); 3. Frank von NB (33); 6. Stampfer (25); 7. Vogel (24).

⁹⁶ Ollenhauer an Vogel, 11. 5. 1938, MGD Dok. 39, Anm. 26.

⁹⁷ Ehemaliger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei im Saargebiet; vgl. dazu NV 19. 6. 1938.

listen“ eine weitere in der Konzentrationsfrage engagierte Gruppe auf den Plan getreten⁹⁸, die nicht nur die „Operationspläne“ der Sopade störte, die Konzentration sozusagen unter ihrem Dach zu vollziehen, sondern auch die Position von „Neu Beginnen“ stärkte, da zwischen beiden Gruppen schon seit 1934 enge Beziehungen bestanden. Im Zusammenhang mit den veränderten Prozedurfragen und der daraufhin erneuten Diskussion für oder gegen eine Beteiligung der Sopade an der Konzentration, gediehen die latenten Spannungen zwischen Hertz und den übrigen Mitgliedern der Sopade zum offenen Konflikt. Sein formaler Anlaß war eine weitere, Ende Februar und Anfang März beschlossene Verkleinerung des „geschäftsführenden Vorstandes“, also der besoldeten Vorstandsmitglieder im Büro, von fünf auf vier Personen⁹⁹, von der Hertz betroffen wurde, wobei strittig bleibt, ob und inwieweit er dem zugestimmt und welche Bedingungen er hinsichtlich seiner zukünftigen Mitarbeit und seines Einflusses im Sopade-Vorstand gestellt hat. Da die Vorstandsmehrheit im März die von Hertz betreute „Sozialistische Aktion“, in der er „Neu Beginnen“ in erheblichem Ausmaß hatte zu Wort kommen lassen, einstellte und im Juni, nach der Übersiedlung nach Paris, gegenüber Hertz offenbar zur Taktik griff, ihn von den Entscheidungsvorgängen abzudrängen, nannte Hertz seine Entlassung aus dem Kreis der Besoldeten im Juli öffentlich eine Maßregelung und den Versuch, ihn aus der Konzentrationsdebatte auszuschalten¹⁰⁰.

In einer Vorstandssitzung am 10. 8. 1938 standen die Streitpunkte zur Diskussion¹⁰¹. Hinsichtlich der tatsächlichen Vorgänge beim Ausscheiden von Hertz als besoldetes Mitglied stand Meinung gegen Meinung. Während Hertz darauf pochte, daß er nur unter Vorbehalten zugestimmt habe, behaupteten die anderen Sitzungsteilnehmer, er habe sich uneingeschränkt einverstanden erklärt; sie forderten von Hertz eine Erklärung, daß er folglich nicht gemäßregelt worden sei. Inwieweit ihre Äußerungen, daß sie Hertz damit eine Brücke zur Verständigung bauen wollten, ihrer subjektiven Überzeugung entsprach, kann in diesem Zusammenhang offen bleiben¹⁰². Objektiv verlangte man seine Unterwerfung. Hertz koppelte seinen Vorwurf, er sei gemäßregelt worden, mit dem Konzentrationsproblem. Einmal, so argumentierte er, habe er seinem Ausscheiden aus dem Büro unter inzwischen

⁹⁸ In der „Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten“ waren die „Auslandsvertretung der SPÖ“ unter Otto Bauer und die Revolutionären Sozialisten Österreichs (Nachfolgerin der SPÖ in der Illegalität) unter Gustav Richter, die erst 1938 emigrierten, zusammengeschlossen. Vgl. Joseph Buttinger, *Am Beispiel Österreichs, Köln 1953*, insbes. S. 49 ff., 61 ff., 251 ff. Für die Konzentrationsfrage S. 550 ff. Die mit dem Anschluß zusammenhängenden Fragen sollen hier außer Betracht bleiben.

⁹⁹ Nach der Verkleinerung im Mai/Juli 1935 gehörten dem Büro als besoldete Mitglieder noch Vogel, Crummenerl, Hertz, Geyer und Rinner an. S. oben Anm. 32 sowie S. 427 u. Anm. 63.

¹⁰⁰ Kliem, S. 182; Edinger, S. 176 f.; MGD, Dok. 39, Anm. 2.

¹⁰¹ Protokoll der Vorstandssitzung der Sopade am 10. 8. 1938 (s. Anm. 90), Teilnehmer: Vogel, Crummenerl, Rinner, Ollenhauer, Hertz, Stampfer, Geyer und Fritz Heine. Wels war schwer erkrankt und befand sich bereits längere Zeit in Kopenhagen, er war an der Konzentrationsdebatte auch in Prag nicht beteiligt.

¹⁰² Hinsichtlich Stampfers Argumentationsweise vermag man den Verdacht nicht abzuweisen, daß rein taktische Absichten dahinterstanden.

völlig veränderten Voraussetzungen zugestimmt – womit er wohl auf die damals vorhandene Bereitschaft zur Konzentration anspielte –, und zum anderen hätte die Praxis, ihn seit der Übersiedlung nach Paris von den Verhandlungsschritten in der Konzentrationsfrage fernzuhalten, den Charakter der Maßregelung ans Licht gebracht. Weder vermögen nun die wortreichen Erklärungen Vogels und Crummen-erls, daß die bislang von Büro-Mitgliedern geführten Besprechungen mit der Landesgruppe und den Österreichern nur unverbindliche Vorgespräche gewesen seien, den Verdacht voll auszuräumen, daß dahinter Methode steckte, noch kann die Beteuerung etwa Ollenhauers, man stehe zum Beschluß vom 26. Februar, angesichts der Sachdebatte darüber hinwegtäuschen, daß für Hertz die Voraussetzungen vom Februar/März nicht mehr bestanden. Indem die Mehrheit um Vogel und Stampfer den Streit dahin verkürzte, daß Hertz seinem Ausscheiden zugestimmt und das einzugestehen habe, drangen sie faktisch auf die Preisgabe seiner politischen Argumente, damit aber auf Unterwerfung unter die eigene politische Position. Die Diskussionsbeiträge von Hertz in Konzentrationsfragen wurden moralisch aufgefangen¹⁰³.

Die unterschiedlichen Auffassungen lassen sich auf die Formel bringen, daß Hertz einen Modus der Konzentration anstrebte, der eine neue, demokratisch legitimierte Führung der sozialistischen Bewegung hervorbringen würde, während die anderen Mitglieder des Sopade-Vorstandes ihren Führungsanspruch auf der Grundlage des Mandats zu wahren wünschten. In diesem Sinne forderte Hertz – zweifellos in erheblichem Maß auch Interessenvertreter von „Neu Beginnen“ –, daß die in Frage kommenden Organisationen: Sopade, RSÖ, Landesgruppe Frankreich und „Neu Beginnen“ gemeinsam und gleichberechtigt die Probleme der Konzentration diskutieren und verhandeln sollten. Seine Kontrahenten dagegen tendierten zur Methode des *divide et impera*. Als Hertz Zweifel äußerte, ob der Beschluß vom 26. Februar noch als bindend erachtet werde, äußerte Ollenhauer im Blick auf die Besprechungen, die mit Vertretern der Landesgruppe bereits stattgefunden hatten:

„Wir sind auf die Anregungen der Landesorganisation eingegangen. Das ist doch zunächst das Wesentliche. Daß die Möglichkeit besteht, durch die Einreihung einer Gruppe einen Teil dieses Projektes, das Sie selbst angeregt haben, zur Durchführung zu bringen, ist doch ein Fortschritt. Sie haben aus der Darstellung von Vogel ersehen, wie außerordentlich vorsichtig wir gewesen sind, indem wir z. B. den Anspruch auf Stellung von 5 PV-Mitgliedern durch die Landesorganisation

¹⁰³ Hertz hat in dieser Debatte auch nicht immer taktisch klug und überzeugend argumentiert; allerdings hatte er sich gegen sieben Diskussteilnehmer zu behaupten. Auch hat er seine Beziehungen zu NB zu verschleiern versucht.

Problematisch bleibt die Frage, inwieweit das (nicht wörtliche) Protokoll den Diskussionsablauf unverkürzt wiedergibt. Hertz wurde am Schluß der Sitzung die „schärfste Mißbilligung“ ausgesprochen. Er wurde also nicht „Anfang August“ ausgeschlossen (so KHiem, S. 234). Einem Brief Ollenhauers an Wels v. 29. 8. 1938 zufolge hat Hertz noch am 26. 8. an einer Sitzung teilgenommen und gehörte nach Ollenhauers Worten auch am 29. 8. noch dem Sopade-Vorstand an. MGD Dok. 41. Am 9. 3. 1939 schrieb Breitscheid an Hoegner, Hertz sei „ganz aus dem PV *ausgeschieden*“ (Hervorhebung von mir).

von vornherein abgelehnt haben. Nachdem die Aussicht auf Lösung einer Teilfrage dieses Gesamtproblems besteht, fragen Sie noch, ob wir auf dem Beschluß vom 26. Februar bestehen. Selbstverständlich!“

Vogel hatte zuvor berichtet, daß er den Anspruch der Landesgruppe, fünf Vertreter in den Partei-Vorstand zu delegieren¹⁰⁴, mit dem Hinweis abgelehnt habe, daß der Sopade-Vorstand sich nicht als Vertreter der Emigration, sondern der Gesamtpartei betrachte; er habe daher ein Verfahren der Kooptation aus Vorschlägen des Landesvorstandes zur Diskussion gestellt. Darüber hinaus habe er „die eventuelle Hinzunahme“ von Marie Juchacz, Georg Dietrich, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding ins Spiel gebracht, womit er „im übrigen auch den Anspruch der Landesorganisation auf fünf Mann [habe] zurückdrängen wollen“. Daß Vogel nicht allzu ernsthaft daran dachte, die Parteivorstandsmitglieder Juchacz und Dietrich in den „Parteivorstand“ zu kooptieren – anders läßt sich das „Hinzunehmen“ nur schwer interpretieren – lehrt die Tatsache, daß er selbst wenig später Bedenken hinsichtlich der Kosten und des Paßproblems (Dietrich hielt sich in der Schweiz auf) äußerte¹⁰⁵. Die Landesgruppe lehnte die Gegenvorschläge als ungenügend ab und die bilateralen Verhandlungen kamen zum Erliegen. Der Sopade-Vorstand hatte erneut einen Angriff aus dem sozialdemokratischen Exil erfolgreich abgeschlagen. „Wir denken nicht daran“, interpretierte Ollenhauer, „uns hier einfach durch einen konzentrierten Angriff über den Haufen rennen zu lassen und durch Konzessionen hinsichtlich der Erweiterung des PV unser Mandat vom April 1933 so zu verwässern, daß am Ende einer solchen ‚Konzentration‘ der letzte Rest von Autorität vor die Hunde gegangen ist.“¹⁰⁶ Mit seiner Strategie, zunächst die Landesgruppe einzugliedern, dann mit der „Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten“ als selbständiger Partei der SAI auf der Basis der Gleichberechtigung ein Kartell zu bilden, und erst danach von einer gestärkten Position aus mit den kleineren Gruppen zu verhandeln, hatte der Vorstand der Sopade allerdings eine Niederlage erlitten.

Die Auffassungen der Österreicher waren am 10. August erst in Umrissen bekannt. Als sie schließlich ihre Vorstellungen von einer Konzentration veröffentlichten, sah man sich dem Vorschlag konfrontiert, daß die Sopade, die „Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten“, die Landesgruppe Frankreich, „Neu Beginnen“ und die SAP unter Wahrung ihrer organisatorischen Selbständig-

¹⁰⁴ Sie sollten – nach Auffassung der Landesgruppe – an die Stelle von Aufhäuser, Böchel, Dietrich, Juchacz, Sollmann, Stahl treten, die ihr Mandat nicht mehr ausübten. Gegebenenfalls sollten diese fünf PV-Sitze von den Landesgruppen, soweit sie sich bilden, und sonstigen Gruppen, soweit sie sich beteiligen, besetzt werden.

¹⁰⁵ In einer Sitzung zwischen dem 10. und 26. 8. wurde die Frage nochmals besprochen. „Wir vertraten die Auffassung, daß die Erfüllung des Anspruchs aus finanziellen Gründen unmöglich sei, denn es handle sich nicht nur um diese beiden, sondern auch um Emil Stahl“, der sich in Stockholm aufhielt. Gegen die Stimme von P. Hertz sei beschlossen worden, zukünftig nicht in Paris wohnhafte Mitglieder „zu Sitzungen mit Beschlußfassung über Fragen von allgemeiner Bedeutung“ zuzuziehen. Ollenhauer an Wels, 29. 8. 1938, MGD Dok. 41, S. 357 ff.

¹⁰⁶ Ebenda.

keit ein Kartell bilden sollten. Jede der Organisationen sollte zwei Vertreter in einen Kartellausschuß entsenden, in dem Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden dürften. Für das Selbstverständnis der Sopade war ein solches Kartell unannehmbar. In einer Vorstandssitzung am 26. 8. wurde gegen die Stimme von Hertz beschlossen, in eine Sachdebatte erst gar nicht einzutreten, vielmehr den österreichischen Vertretern zu erklären, daß man diesen Kartellvorschlag nicht akzeptiere. Zwei Tage vor dem entscheidenden Gespräch schrieb Ollenhauer an Wels:

„Wir sind bereit, ein Kartell zwischen uns und den Österreichern als zwei bisher selbständigen Parteien der SAI zu bilden, um gewisse politische und praktische Fragen gemeinsam zu beraten und zu beschließen. Unmöglich ist es für uns, einem Kartell beizutreten, in dem der Parteivorstand als eine Gruppe neben Neu Beginnen und Landesorganisation erscheint. Wir sind die Vertretung der Gesamtpartei und die Regelung der innerdeutschen Fragen, wie die Versuche der ‚Konzentration‘ im deutschen Lager, sind eine Angelegenheit, die nur uns angeht, und in der wir uns durch die massive Einmischungspolitik der Österreicher nicht in Zwangslage bringen lassen. Wir werden am Mittwoch hören, ob die Hinzuziehung der deutschen Gruppen eine Bedingung der Österreicher für die lose Zusammenarbeit mit uns ist. Bestehen sie darauf, dann überlassen wir es ihnen, das Kartell ohne uns zu bilden . . . Daß man aber mit dem Kartell die sogenannten linken deutschen Gruppen galvanisieren und ihre Position bei den Verhandlungen über die Konzentration mit uns stärken will, darüber kann kein Zweifel bestehen. Wir werden uns diesem Druck nicht beugen, auch auf die Gefahr hin, daß wir zunächst allein bleiben und als die Saboteure der Konzentration hingestellt werden.“¹⁰⁷

In der Besprechung am 31. 8. beharrten die österreichischen Vertreter auf ihrem Kartellvorschlag und die Sopade kehrte in die Isolation zurück.

Die österreichischen Sozialisten, „Neu Beginnen“ und die SAP schlossen sich am 16. 9. 1938 zu einer „Arbeitsgemeinschaft für Inlandsarbeit“ zusammen, der auch ein Teil der Landesgruppe, die sich über die Frage der Mitarbeit spaltete, beitrug¹⁰⁸. Im folgenden Winter schloß sich der Internationale Sozialistische Kampfbund der Arbeitsgemeinschaft an¹⁰⁹, und wenig später folgten die „Freunde der sozialistischen Einheit Deutschlands“ mit Willi Münzenberg, der in der Phase seiner allmählichen Lösung von der KPD sowohl mit den bürgerlichen Oppositionellen der Deutschen Freiheitspartei zusammenarbeitete als auch eine Gruppe von Sozialisten um „Die Zukunft“ sammelte¹¹⁰. Die Arbeitsgemeinschaft bildete sich im Zuge dieser Erweiterung um und nannte sich „Arbeitsausschuß deutscher Sozialisten und der Revolutionären Sozialisten Österreichs“.

Es ist mit Recht bemerkt worden, daß einem solchen Kartell im Jahre 1934 eine bedeutende Rolle innerhalb des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus sowohl im Reich wie im Exil zugefallen wäre. 1938 war die Basis der Kartellgruppen

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ Kliem, S. 255.

¹⁰⁹ Link, Geschichte des IJB und des ISK, S. 261.

¹¹⁰ Laut Babette Gross, Münzenberg, S. 324ff. im Mai 1939. Nach Link, ebenda im Winter 1938/39. Zur Freiheitspartei vgl. Gross, S. 308ff. und neuerdings Beatrix Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP), Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, phil. Diss. Frankfurt 1969.

in der Illegalität weitgehend aufgerieben; dennoch hätte das Kartell auch jetzt noch politisches Gewicht innerhalb des Exils gewinnen und zu einem Kristallisationskern der sozialistischen Bewegung werden können, wenn nicht der Kriegsausbruch die Szene verwandelt hätte. Zuerst reagierte insbesondere Frankreich mit der unsinnigen und in der Form meist unmenschlichen Internierung der geflüchteten Gegner Hitlers, dann zwang der Angriff der deutschen Wehrmacht im Westen zur erneuten Flucht¹¹¹. Am Ende schließlich stand die eine gemeinsame politische Arbeit nahezu ausschließende Zerstreuung der politischen Flüchtlinge über die ganze Welt.

Der Vorstand der Sopade hat eine Relativierung der für sich beanspruchten Rechtstitel zugunsten einer Einigung der Sozialisten im Exil ebenso abgelehnt wie früher zugunsten einer Volksfront. Insbesondere hat er – und hier spielten personelle Probleme hinein – gemäß seiner Interpretation der Treuhänderschaft die freiheitlich-demokratische Tradition gegen den Druck der Sozial-Revolutionäre abgesichert. Der Vorstand der Sopade, aus dem mit Hertz das letzte, sozialrevolutionären Ideen zuneigende Mitglied ausschied, verstand sich zweifellos institutionell und personell als Hort des in der parlamentarischen Demokratie zu verwirklichenden freiheitlich-demokratischen Sozialismus. Im Juli 1933 hatte Friedrich Stampfer an Karl Kautsky geschrieben, daß es ein „weiter, weiter Weg“ sei von „den Machtstellungen, die wir inne hatten, ins Exil . . . Aber wir hoffen, ihn noch einmal in umgekehrter Richtung zurücklegen zu können“¹¹². Hier liegt wohl ein Schlüssel für das Verhalten der Sopade in den ersten Jahren des Exils. Der Wunsch, einmal in die alten Machtstellungen zurückkehren und – vielleicht mehr als zuvor – Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft in Deutschland nehmen zu können, verknüpfte sich mit der doppelten Überzeugung, einmal von der ausschließlichen Richtigkeit der eignen politischen Ideen und zum anderen davon, daß ihre Realisierung – die Rekonstruktion der parlamentarischen Demokratie – eben vom Ausmaß des eignen Einflusses abhängen. Die Theorie vom Treuhändermandat war Ausfluß dieser Überzeugung und zugleich taktisches Instrument der Durchsetzung, mit dessen Hilfe sich die Sopade ihre formale Anwartschaft auf Einflußpositionen erhielt. Zu fragen bleibt, ob sie nicht dem sozialistischen Exil und auch sich selbst die Chance einer Einflußnahme verdarb, ja letztlich der deutschen Sozialdemokratie schadete. Denn die großen Möglichkeiten des sozialistischen Exils lagen zunächst in der freien politischen Diskussion: frei vom geistigen Druck eines totalen Staates, frei vom Zwang zur direkten Agitation, und frei von dogmatisierten Grundsätzen,

¹¹¹ Zur Internierung und Flucht nach Kriegsausbruch siehe: Verbannung, Aufzeichnungen deutscher Schriftsteller, Hamburg 1964, S. 69 ff.; Deutsche Literatur im Exil, Briefe europäischer Autoren 1935–1949, Hrsg. Hermann Kesten, München 1964, S. 109 ff. Zur Praxis der französischen Regierung gegenüber den deutschen Emigranten, der Lage in den Internierungslagern, der Situation der Internierten während des deutschen Angriffs auf Frankreich vgl. den informationsreichen und eindringlichen Vortrag von Lucien Steinberg, „The scum of the earth“, Ein Beitrag zur Situation der deutschsprachigen Emigration in Frankreich zu Beginn des 2. Weltkrieges, in: Widerstand, Verfolgung und Emigration. Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg (1967), S. 103 ff.

¹¹² 22. 7. 1933, MGD Dok. 6, S. 187 f.

die nur geeignet waren, Diskussionen abzuwürgen. Daß der organisatorische Rahmen dafür nicht in dem Zeitraum geschaffen wurde, da die sozialistischen Flüchtlinge in der Mehrheit in Europa konzentriert waren, ist weitgehend der Intransigenz der Sopade zuzuschreiben. Eine solche Organisation hätte auch die Zerstreuung nach Kriegsausbruch überstehen können. Sicher ist, daß ein Kartell sozialistischer Gruppen mit den in seinem Rahmen geführten politischen Diskussionen nachhaltiger in die neu sich bildende Partei hinein gewirkt hätte, als es die vielen einzelnen Rückkehrer mit ihrer hier und dort geleisteten Parteiarbeit vermochten. In London haben sich schließlich im März 1941 Sopade, „Neu Beginnen“, SAP, ISK und eine Gewerkschaftsgruppe zu einem Kartell, der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ zusammengeschlossen. Zu dieser relativ schnellen Einigung haben personelle Faktoren ebenso beigetragen, wie die Tatsache, daß manche Gegensätze durch die Ereignisse überholt waren; nicht zuletzt aber konnte die Sopade ihre organisatorische Position sichern, denn „Neu Beginnen“ gab seinen früheren Anspruch auf, verstand sich nur noch als „sozialdemokratische Richtung“ innerhalb der Partei¹¹³; und auch die anderen Organisationen stellten das Mandat des Vorstandes nicht in Frage. Doch war dieser „Erfolg“ damit erkaufte, daß der Zusammenschluß nur einen bescheidenen Teil des sozialistischen Exils umfaßte. Zwar hat die Position des Londoner Vorstandes durch die Union eine Festigung erfahren, zumal er sich in seiner politischen Zielsetzung, der modifizierten Rekonstruktion der Weimarer Demokratie, nicht nur behaupten konnte, die anderen Unionsgruppen vielmehr zunehmend auf diese Linie einschwenkten. Andererseits scheint man in London die Möglichkeiten, aus dem seit 1933 mit fragwürdigem Recht beanspruchten Mandat – nur gestützt auf die Union – ein Mitspracherecht beim Wiederaufbau der SPD in Deutschland herzu-leiten, gegen Ende des Krieges nicht mehr sehr hoch eingeschätzt zu haben. Mit seiner Bitte an die im Exil lebenden Mitglieder des Parteivorstandes, sich zur Frage einer Rekonstruktion dieser Institution zu äußern, verfolgte Hans Vogel im März 1945 wohl die Absicht, das Mandat durch den Parteivorstand abzustützen. Er scheiterte – wie die gemeinsame ablehnende Antwort von Marie Juchacz, Siegfried Aufhäuser, Georg Dietrich und Paul Hertz deutlich macht – daran, daß die aus organisationspolitischen Rücksichten versäumten politischen Diskussionen durch Organisationspolitik nicht mehr zu ersetzen waren¹¹⁴.

¹¹³ Vgl. zu den folgenden Darlegungen: Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945, Hannover 1968; zur Gründung der Union siehe S. 93 ff.

Vom Vorstand der Sopade waren Vogel, Ollenhauer und die kooptierten Geyer (seine ex officio-Mitgliedschaft erlosch mit der Einstellung des NV) und Fritz Heine nach London geflüchtet. Wels und Crummenerl waren im September 1939 bzw. Mai 1940 gestorben. Stampfer und Rinner flüchteten in die USA.

Mit Zustimmung Stampfers fungierten die in London ansässigen Mitglieder als Vertretung der Partei, London wurde zum Sitz des Vorstandes erklärt (Röder, S. 29). Sowohl auf seiten des Vorstandes der Sopade wie auf der Seite „Neu Beginnens“ (Knoeringen, Schoettle) waren die konzilianteren Vorstandsmitglieder nach London gekommen.

¹¹⁴ MGD, Dok. 172 u. 175, S. 687 ff. u. 698 ff.